

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Schulzeitung. 1860-1933 1929**

10 (9.3.1929)



# Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: Adolf Lindensfelder, Heidelberg, Werderstr. 14. Abschluß: Mittwoch 12 Uhr. Erscheint Samstags. Anzeigen: Die 5-gespaltene 35 mm breite Zeile M. 0.20, Chiffregebühr M. 0.50, Beilagen und Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pfg. einschl. Postgebühren. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsgesellschaft Konordia in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamtengenossenschaftsbank Postfachkonto 1400 Karlsruhe auf Bankkonto des B.L.V. Nr. 70. Geldsendungen an das Lehrerbildungsamt nur an „Lehrerbildungsamt Bad Freyberg“, Geschäftsstelle Offenburg, Postfachkonto Nr. 75843 Karlsruhe.

Anzeigenannahme und Druck: Konordia A.G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor B. Weser. Telefon 131. Postfachkonto 237 Amt Karlsruhe.

10.

Bühl, Samstag, den 9. März 1929.

67. Jahrg.

Inhalt: Volksschule und Berufsvorbereitung. — Wirtschaftsdemokratie und Schule. — Werkunterricht. — Bericht über die Tätigkeit der Bezirksvereine des Badischen Lehrervereins in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1928. — Sicherung des Aufbaues des Badischen Lehrervereins. — Änderungen im Turnunterricht der Mädchen. — Die zukünftige Dienstprüfung. — Rundschau. — Krankenfürsorge badischer Lehrer. — Aus den Vereinen. — Vereinstage. — Inserate.

## Volksschule und Berufsvorbereitung.

(Zum Vereinsthema: Wirtschaft und Schule.)

I.

Die deutsche Lehrerschaft hat im letzten Jahre regen Anteil an der Bekämpfung eines Reichsschulgesetzentwurfs genommen, der die Schule den Konfessionen und Weltanschauungsgemeinschaften ausliefern wollte. Auf einer ähnlichen Linie liegen die Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaft und Schule. Auch hier haben wir es, wie überhaupt im ganzen Bereich des staatlichen und kulturellen Lebens, mit einem Vordringen der Wirtschaft zu tun, das die Eigenständigkeit der Schule zu bedrohen scheint. Die Wirtschaftswelt gehört zu den Außenfaktoren der Erziehung und übt auf die Innenwelt große Wirkungen aus. Eine Überprüfung des wirtschaftlichen Geistes muß dazu führen, unberechtigte Ansprüche abzuweisen, der Erziehung aber eine lebenswarme Gestalt zu geben.

Die gegenwärtige Zeit mit ihren Umformungen, Umschichtungen, Verflechtungen und Verkettungen stellt die Schule vor neue Aufgaben. Die Artikel der Reichsverfassung, so kurz und programmatisch sie sind, atmen ganz den Geist der Gegenwart, der Wirklichkeit. Obwohl in ihnen das soziale Prinzip der Bildung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft zum Ausdruck kommt, fehlt nicht die starke Betonung des Gedankens, daß die deutsche Jugend Einblicke in das sie umflutende Wirtschaftsleben erhält und vorbereitet wird für den Eintritt in dasselbe. Darum wurde in den Art. 48 die Erziehung zur beruflichen Tüchtigkeit in die Zielbestimmung der Schule aufgenommen und hinzugefügt, daß Arbeitsunterricht und Staatsbürgerkunde Lehrgegenstände der Schulen sind. Die deutsche Jugend soll in dem Gefühl der Verantwortlichkeit für das Volk und das Staatsganze erzogen, sie soll instand gesetzt werden, den Arbeitsprozeß zu schauen, zu erfassen, zu begreifen. Darum wurde der Arbeitsunterricht in den Erziehungsplan aufgenommen. Aber noch mehr. Für den Aufbau des gesamten Schulwesens auf die für alle gemeinsame Grundschule ist die Mannigfaltigkeit für die Lebensberufe maßgebend. Das ist von großer Wichtigkeit. Denn während bis daher das individualistische Bildungsprinzip „Ausbildung der Persönlichkeit“ maßgebend war, das die allgemeinbildenden Schulen streng von den technischen Schulen schied, jene dem Leben entfremdete und letztere nicht zu Erziehungsanstalten emporgewachsen ließ, ist jetzt das soziale Prinzip geprägt, das den Berufsgedanken in die Schularbeit hineinsetzt und beide dem Leben, besonders dem Staats- und Gemeinschaftsleben nähert.

Von besonderer Bedeutung ist dieser Grundgedanke für solche Schulen, die Schüler in der Zeit des Jugendalters unterrichten, wo die Berufswahl, die entscheidendste Frage im Leben des Menschen, sich ankündigt: in der Zeit vor der Schulentlassung. Es ist jenes Lebensalter, wo sich auch im Seelenleben des Menschen die Interessenrichtungen differenzieren und spezialisieren, wo die Begabungsrichtungen sich deutlicher abzuheben beginnen: kurz, wo die beruflichen Anforderungen und die psychologischen Entwicklungen sich treffen. Unsere Zeit ist bemüht, den großen sozialen und humanen Gedanken zu verwirklichen, die Berufswahl so zu leiten, daß der junge Mensch einem Berufe zugeführt wird, für den er die Eignung und Neigung besitzt. Viel von unserem sozialen Glanz der Gegenwart, soweit es aus der Überfüllung der einzelnen Berufszweige herrührt, hat seine Ursache in der verfehlten Berufswahl. Man sagt nicht mit Unrecht, daß die Überfüllung einzelner Berufe oft nur eine solche mit ungeeigneten Menschen sei.

Die anders gearteten Forderungen der Wirtschaft auf die Schule haben in den Artikeln der Reichsverfassung ihren Ausgleich gefunden. Die große Erziehungsidee ist scharf herausgestellt. Die aus der Wirtschaft stammenden Tendenzen haben die Eigenständigkeit der Schule nicht gestört.

II.

Auf dem Gebiet der Berufsberatung, der Berufszuführung, der Regulierung des Arbeitsmarktes ergriff die Staatsgewalt zunächst die Maßnahmen zur Durchführung dieses Grundgedankens; denn hier wird die Not am stärksten gefühlt. Wird die große sozialpädagogische Aufgabe, dem Schüler beim Übergang ins Wirtschaftsleben im Sinne seiner persönlichen Entwicklung, seiner beruflichen Eignung und Neigung zu raten, seine endgültige Berufszuführung zu unterstützen, in den Vordergrund gerückt, dann genügt es nicht mehr, daß von Seiten des Schularztes der Zustand der Organe, d. h. der allgemeine Kräftezustand bestimmt wird, um den Schüler von ungeeigneten Berufen abzuhalten — also negative Berufsberatung zu betreiben; es muß dies vielmehr in positivem Sinne geschehen, d. h. die berufstypische Zugehörigkeit muß festgestellt werden. Es sei auf die Arbeiten von Körper (Köln) hingewiesen, dessen Vorgehen in Köln den Erfolg hatte, daß von allen Schülern 17 Prozent umberaten werden mußten.

In welchem Zusammenhang steht nun die Berufsberatung mit der Schule und der Schulerziehung? Die Berufsberatungsstellen sind seit dem Gesetz von 1927 nicht mehr Organe der Gemeinden, sondern reichsunmittelbare Stellen, und es muß abgewartet werden, ob die Umorganisation Vorteile bringt



oder nicht. Zunächst haben Preußen, Bayern, Württemberg in besonderen Erlassen der Schule jede Berufsberatung im engeren Sinne und Lehrstellenvermittlung untersagt. Das ist eine negative Abgrenzung. Erstrebenswert ist auch hier eine positive Zusammenarbeit, die bis jetzt zum Schaden unserer Volksschüler recht wenig versucht wurde. Thüringen ging in einem Erlasse voran, der so bemerkenswert ist, daß er alle Aufmerksamkeit verdient. Es liegt ihm der Gedanke der Erziehung zur rechten Berufswahl durch die Schule zugrunde — eine Aufgabe, die allen Ernstes in unserer oberen Volksschule durchgeführt werden muß. Nach diesem Erlaß umfaßt die erzieherische Vorbereitung auf die Berufswahl:

1. die Wachtung und Pflege der Sinne;
2. Gelegenheit zur Betätigung des Gestaltungstriebes im gesamten Unterricht, insbesondere aber im Handfertigkeits- und Handarbeitsunterricht, beim Zeichnen, bei Haus- und Gartenarbeit;
3. Pflege des Gemeinschaftsgeistes durch verantwortliche Mitarbeit in der Schulgemeinschaft;
4. Vermittlung anschaulicher Vorstellungen vom Berufsleben der Erwachsenen (Besuche von Betrieben, Vorführung von Beratungsfilmen, Berufsbilder usw.);
5. Körperliche Ausbildung, Pflege und Beobachtung.

Man sieht aus diesem Erlaß auch wieder, daß die Ausgestaltung unserer Schule zur Arbeitsschule am besten den Forderungen des werktätigen Lebens gerecht wird; denn die Gestaltung des Unterrichts im Sinne der Entfaltung der gestaltenden Kräfte ermöglicht am besten die Kenntnis der Anlage des Kindes. Die Personalbogen und Zeugnisse geben kein erschöpfendes Bild von der berufstypischen Veranlagung der Schüler. Die Personalbogen sind darum umzuändern und so zu ergänzen, daß sie ein Bild von den den Schüler kennzeichnenden Fähigkeiten geben. Besondere Aufmerksamkeit ist der Berufsberatung, Berufsvorbereitung und Berufszuführung der Jugendlichen in rein ländlichen Gegenden zu widmen. Die herkömmlichen handwerklichen Berufe bieten nur einer kleinen Minderzahl die Möglichkeit der Berufswahl. Industrielle Betriebe sind nicht vorhanden oder liegen zu weit ab. So vollzieht sich eine Proletarisierung schlimmster Art, die die Lehrerschaft zwingt, diese Berufsnot zu beobachten in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern. Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß unser Schulwesen nach zwei Seiten hin nicht genügt. Die ländliche Schule muß durch Zusammenlegung voll ausgebaut werden. In der Zusammenlegung der kleinen Schulen zu Verbandsschulen, in die die Kinder durch Autotransport gebracht werden, haben wir eine der hervorstechendsten Reformen in den Vereinigten Staaten. Derselbe Vorgang vollzieht sich in dem anderen industrialisierten Land, in England. Es wird an späterer Stelle noch davon zu reden sein. Außerdem muß die Schule durch ihre Organisation dem Kinde die Möglichkeit geben, seine individuellen, auf das Leben hinweisenden Fähigkeiten zu bilden durch Aufnahme und Eingliederung von fakultativen Gegenständen, wie handwerkliches und künstlerisches Gestalten, Fremdsprachen, volkswirtschaftliche Verhältnisse, Rhythmus, Kunst, Musik. Aber all dieses nicht als Gegenstände unterrichtlicher Belehrung in alter Form. Vielmehr muß die Form des freien Bildungserwerbs in selbstgewählter Arbeit betreten werden. Das geschieht am besten durch Gliederung der Schularbeit in Kern und Kurs.

### III.

Die Berufsverbände haben es von jeher als eine ihrer vornehmsten Aufgaben angesehen, die Ordnung der Berufsausbildung ihres beruflichen Nachwuchses zu beeinflussen. Die Forderungen der Handwerkerinnungen und in neuerer Zeit diejenigen der Landwirtschaft sind bekannt. Obwohl sie sich in erster Linie auf die Ausgestaltung der Berufsschule beziehen, fehlt es nicht an Erscheinungen, bei denen gewisse Anforderungen auch an die Schulen für Kinder im Volksschul-

pflichtigen Alter gestellt werden. So sei auf die Arbeiten eines Unterausschusses im preußischen Landtag hingewiesen, der feststellen wollte, welchen Anteil die Schule an der Hebung der ländlichen Produktion nehmen könnte. Reichen so wirtschaftliche Forderungen weit in unser Volksschulleben herein, so sehen wir auf der anderen Seite, wie die Volksschule durch die gesteigerten Anforderungen für die Aufnahme in einen Beruf immer weniger in Betracht kommt und der Zugang für die gehobenen Berufe nahezu ausschließlich über die höhere Schule sich vollzieht. Diese Erscheinung ist in allen industrialisierten Ländern zu beobachten, und Amerika sowohl als auch England haben aus diesen Gründen heraus ihr höheres Schulwesen organisatorisch umgestellt.

Von größerer Bedeutung ist das Vorgehen der Gewerkschaften. Auf dem 13. Kongreß im September letzten Jahres in Hamburg hat der Deutsche Gewerkschaftsbund ein selbständiges klar umrissenes Schulprogramm aufgestellt, das uneingeschränkte Unterstützung seitens der Volksschullehrerschaft finden sollte. Die wichtigsten Sätze, die sich auf das Verhältnis von Wirtschaft und Schule beziehen, seien hier angeführt.

„Die Volksschule ist die Vorschule der beruflich tätigen Jugend. Entsprechend dieser Aufgabe muß der Arbeitsunterricht, insbesondere in den oberen Klassen, ein wichtiger Bestandteil der vermittelten Bildung sein. In Verbindung mit dem Arbeitsunterricht, der eine geeignete Grundlage für die spätere Berufsausbildung bildet, ist die Schulpflicht zu verlängern. Nach der Schulzeit ist angesichts der technischen Entwicklung und ihrer Arbeitsmethoden eine dreijährige Lehrzeit auch für die qualifizierten Berufe als vollauf genügend zu bezeichnen.“

Auch Berufsschulen, sofern sie die Form der Berufsmittelschule aufweisen, muß das Recht der Verleihung der mittleren Reife gegeben werden.

Durch eine ergänzende Körperschaft, Beirat (gleich den Schulvorständen oder Schulbeiräten), ist die Mitarbeit der Wirtschaftskreise zu gewährleisten.“

Also Verlängerung der Schulpflicht, Arbeitsunterricht, Erziehung zum Gemeinschaftsbewußtsein, Regelung des Berufsschulwesens durch den Staat, aber Mitarbeit der Wirtschaftskreise in den Selbstverwaltungskörperschaften, Gleichhaltung der handwerklichen und künstlerischen Ausbildung mit der theoretischen in bezug auf Verleihung der Berechtigungen. Diese beruflichen (wirtschaftlichen) Forderungen bedrohen die Volksschule nicht in ihrer Eigengesetzlichkeit, sondern geben ihr einen auf das praktische Leben hinweisenden Inhalt.

Anders verhält es sich mit den von Industrieunternehmen eingerichteten Werkschulen in den Betrieben. Der Ausgangspunkt zur Errichtung von solchen Lehrwerkstätten wird in dem Jahresbericht 1912/13 über die Schulen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg klar bezeichnet. Dort wird angeführt: „Die von der Industrie benötigten gelernten Arbeiter wurden in früherer Zeit fast ausschließlich dem Stamm der handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter entnommen. Die Industrie selbst sorgte nur in geringem Maße für die Heranbildung eines Stammes gelernter Arbeiter. Bald aber fühlte man, daß die durch das Handwerk herangebildeten Arbeiter den von der Industrie an sie gestellten Bedingungen nicht mehr gerecht werden konnten. Sollte diesem Mißstand abgeholfen werden, so blieb der Industrie nichts übrig, als die Heranziehung eines tüchtigen, geschulten Arbeiterstammes, der den Ansprüchen des Fabrikbetriebs zu genügen imstande sei, in größerem Umfang selbst in die Hand zu nehmen.“

In den letzten Jahren wurde das deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) errichtet. Es umfaßt die Bestrebungen der Arbeitgeber, einen bestimmten Einfluß auf die geistige Gesamthaltung der Arbeiter auszuüben. In der Programmschrift des Dinta werden dem Institut folgende Gedanken zugrunde gelegt: Die Befriedigung des Arbeiters



im gegenwärtigen Wirtschaftssystem und die Überwindung der feindseligen Oppositionsstellung zwischen Arbeiter und Unternehmer ist nicht so sehr ein wirtschaftlich-technisches, wie ein seelisches Problem in wirtschaftlich-technischer Einbettung. Deshalb denken sich die Gründer das Dinta als Forschungsstätte, Organisationszentrum und Schule zugleich. Es soll den Mittelpunkt eines großen, über das ganze Reich gelegten Systems bilden, das an wichtigen Industriepunkten durch die sogenannten Organisationsingenieure vertreten wird. Diese gehen nach dem Programm nach folgenden Gesichtspunkten vor:

1. Durchführung der Menschenökonomie in Industrie und Bergbau.
  - a) Psychotechnische Auswahl, Eingruppierung von Arbeitern und Beamten.
  - b) Heranbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in Lehrwerkstätten, Werks- und Industrieschulen und ihre Erziehung durch Turnen, Sport und Jugendpflege.
  - c) Praktische Schulung von Arbeitern in Anlernwerkstätten.
  - d) Systematische Hinleitung zum wirtschaftlichen Denken.
  - e) Erziehung der weiblichen Angehörigen der Werkmitglieder zur hauswirtschaftlichen Tüchtigkeit durch Haushaltungsschulen.
2. Werbung und Beratung auf diesem Gebiete.
3. Praktische Ausführungen der Einrichtungen, sachgemäße Überwachung und zeitgemäßer Ausbau.
4. Heranbildung von Führern und Unterführern für die praktische Durchführung dieser Aufgaben.
5. Zusammenfassung der Arbeiten in Soziologie und Psychologie, soweit der Mensch davon erfährt wird.

Bis zum Herbst 1927 war die Zahl der erfakten Firmen auf 105 gestiegen. Dr. Tollkühn berichtet im 10. Heft des Jahrgangs 1927 der Zeitschrift „Technische Erziehung“, daß 111 Werkschulen der privaten Industrie mit über 17000 Schülern bestehen.

Das Ideal dieser Erziehung ist der „Betriebsmensch“. Es ist sicherlich sehr fraglich, ob dieses Ziel erzieherisch gerechtfertigt und ob es pädagogisch verantwortet werden kann, die Lehrlinge während der vierjährigen Lehrzeit vom Arbeitsbeginn bis zur Schlafenszeit an das Werk zu ketten. Der bisher beamtete Berufsschullehrer wird zum privaten Angestellten der Industrie. Das Dinta-Institut ist keine volkerzieherische Angelegenheit, sondern ein soziales Kampfmittel der Unternehmer. Der Einfluß der Wirtschaftskräfte hier ist so stark, daß sie die Menschenbildung, das Ziel aller Schulen, in den Hintergrund gedrängt hat.

Rimmelmann.

## Wirtschaftsdemokratie und Schule.

Die Entwicklung der modernen Wirtschaft hat die Privatinitiative zugunsten der anonymen Triebkraft des Kapitals zurückgedrängt. Das Kapital wurde in der typischen Form der modernen Wirtschaft, der Aktiengesellschaft, vergesellschaftet. So kann heute jemand Besitzer einer Zeitung sein, ohne je gewußt zu haben, wie eine solche entsteht. Wenn dieser Zeitungsbesitzer auf der Börse gewahrt wird, daß sich „seine“ Zeitung nicht mehr rentiert, verhandelt er sein Aktienbündel gegen ein Bergwerk mit derselben Anteilslosigkeit, mit der er die Zeitung besaß. Wahrscheinlich wissen die eigentlichen Leiter der Zeitung nichts von dem stattgefundenen Besitzwechsel, bis sich ihnen in der nächsten Generalversammlung der neue Mitbesitzer präsentiert.

Dieser Vergesellschaftung des Kapitals ging die Vergesellschaftung der Arbeit voraus, ein Prozeß, der heute noch

weilerschreitet. Die moderne Arbeitstechnik hat in der Arbeitsteilung und der Ersetzung der menschlichen Handtätigkeit durch die Maschine den Arbeiter zu einem Teilstück des Gesamtbetriebes gemacht, das genau so wie die Maschine in die Kalkulation eingestellt wird. Im Großbetrieb hat der Arbeiter den Gesamtüberblick über die Produktion verloren. Er ist lediglich Überwacher der Maschine, von der er nur weiß, daß sie in der Stunde soundsso viel Schrauben zu liefern hat.

Diese Vergesellschaftungstendenz ist weiter fortgeschritten. Die Unternehmungen waren bisher trotz Vergesellschaftung von Kapital und Arbeit Einzelunternehmungen, die in gegenseitigem Konkurrenzkampfe standen. Nun schließen sie sich in Organisationen zusammen, die über dem Einzelunternehmer stehen. Der Zweck ist die bewußte Ausscheidung des freien Wettbewerbs. Dies geschieht durch die Regelung der Produktionshöhe durch Vereinbarungen über Absatzmärkte und gemeinsame Preisgestaltung. Die bisher zwischen den Einzelunternehmungen herrschenden Interessenkämpfe verschieben sich auf eine neue Basis. Produzenten und Konsumenten scheiden sich schärfer als vorher voneinander ab. Viel eindeutiger als der bisherige Klassenkampf zwischen „Proletariat“ und „Bürgertum“ wird in Zukunft der Kampf zwischen Erzeuger und Verbraucher sein. Deshalb eindeutiger, weil die große Masse der Verbraucher der verschwindend geringen Gruppe der Erzeuger gegenübersteht. Wer beobachtete, wie in dem Kampf in der Eisenindustrie im Herbst vorigen Jahres die gesamte öffentliche Meinung — soweit sie nicht durch vertraute Zeitungen gemacht wird — gegen die Ruhrgewaltigen eingestellt war, der kann sich einen Begriff von der Schärfe dieses Kampfes machen.

Die Vergesellschaftung der Unternehmungen zeigt durchaus kein einheitliches Bild. Je nach dem Grade der Einschränkung der Selbständigkeit der Einzelunternehmung ist zu klassifizieren.

Für die Öffentlichkeit kaum bemerkbar sind Abmachungen, die sich auf Vereinbarungen über Zahlungsfristen, Lieferungsbedingungen usw. beziehen. Dazu gehören auch die sogenannten Begünstigungsverträge, die insbesondere in der Textilindustrie stark hervortreten. Der Streit um das Warenhaus Tieg, dem Großeinkaufsvergünstigungen von Seiten der Produzenten eingeräumt worden sind, ist ein Beispiel aus jüngster Zeit.

Auf einer höheren Stufe der Vergesellschaftung wird der Verkaufspreis durch vertragliche Bindung festgelegt, endlich die Produktionsmenge und das Absatzgebiet: Kartell. Falls noch das Merkmal einer gemeinsamen Verkaufsorganisation hinzutritt, spricht man vom Syndikat. Merkmal: Die einzelnen Unternehmungen bleiben als Unternehmen selbständig. Ein weithin bekanntes Beispiel aus der gegenwärtigen Wirtschaft ist das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat.

Die Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie stellt die 1924 bestehenden Kartelle wie folgt zusammen: Bergbau 51, Eisen- und Metallindustrie 662, Holzindustrie 44, Lederwirtschaft 46, Industrie der Steine und Erden 40, Glasindustrie 20, Chemische Industrie 91, Öl- und Fettindustrie 36, Papier 107, Textilindustrie 201, Bekleidungsindustrie 71, Brauerei, Mälzerei, Müllerei 97, Nahrungs- und Genussmittelindustrie 73, Schifffahrt und Expedition 4.

Der Kartellierung steht die Vertrustung gegenüber, die nach dem Kriege in erhöhtem Umfange einsetzte. Die Einzelunternehmungen geben in einer Fusion ihre Selbständigkeit auf. Die Vertrustung geht sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Richtung vor sich (Zusammenfassung von Betrieben auf gleicher Produktionsstufe, bzw. Zusammenfassung von aufeinander folgenden Produktionsstufen). Der typischste und bekannteste Vertreter ist der Konzern der J. G. Farbenindustrie.

Die Konzerne haben seit Kriegsende auch die Landesgrenzen gesprengt, und der Gedanke der paneuropäischen Union ist der Politik von der Wirtschaft vorweg genommen.



Die Vergesellschaftung bedeutet eine erhebliche Gefahr für die Öffentlichkeit. In die Hände weniger ist eine Monopolstellung gelegt, die um so gefährlicher ist, als die Öffentlichkeit vorerst keine durchgreifenden Maßnahmen anwenden kann, Übergriffe abzuwehren.

Die Notverordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom November 1923 hat zwar dem Reichswirtschaftsminister die Befugnis gegeben, beim Kartellgericht zu beantragen, daß solche Verträge außer Kraft gesetzt werden können, die das Gemeinwohl gefährden. Doch hat das Kartellgericht bisher nicht viel Einfluß geltend machen können.

Die staatliche Kontrolle scheint ein Weg zu sein, der zur Wirtschaftsdemokratie führt.

Wirtschaftsdemokratie ist durchaus nicht mit der sozialistischen Wirtschaftsform identisch. Sie bedeutet lediglich Beseitigung kapitalistischer Vormachtstellung in der Wirtschaft.

Die von anderer Seite her versuchten Wege, kapitalistische Monopole zu brechen, scheinen aussichtsreicher zu sein. Es sind dies die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, öffentliche Betriebe und Konsumgenossenschaften.

Wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper sind Wirtschaftsformen, die eine Zwischenform zwischen privatem und öffentlichem Unternehmen darstellen. Sie sind durchaus kein Produkt von Sozialisierungsversuchen nach dem Kriege. Schon das Gesetz vom 28. Mai 1910 führte die staatliche Kontrolle über Preisfestsetzung, Absatzkontingentierung und Produktionshöhe im Kalibau durch. Die Kriegszeit brachte einen ähnlichen Einbruch in das Recht des Privatkapitals im Bergbau. Genauer präzierte Einschränkungen brachte erst die Nachkriegszeit, und zwar in solchen Wirtschaftsbetrieben, an deren Führung die Öffentlichkeit starkes Lebensinteresse hatte. Sie gründeten auf Artikel 156 der Reichsverfassung Absatz 2. Danach kann das Reich wirtschaftliche Verbände und Unternehmungen auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und die Erzeugung und Preisgestaltung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln. So wird auf dieser Grundlage aufgebaut der Reichstohlenrat und der Reichstalarat. Ansätze waren in der Eisen- und Elektrizitätswirtschaft vorhanden.

Die wirtschaftlichen Betriebe in öffentlicher Hand nehmen mehr und mehr an Bedeutung zu. Die nachfolgende Übersicht gibt eine Darstellung der Prozentanteile an der Förderung: Steinkohle 10,1%, Siedesalz 40,7%, Blei 35,1%, Aluminium 74%, Elektrizitätsversorgung 76,8%, dazu Beteiligung mit unter 50% 9,4%.

Die 28 Weber von Rochdale, die in einem kleinen Kellerladen ihre wichtigsten Bedarfsartikel gemeinsam ein- und verkauften, sind durch diesen Akt der Selbsthilfe zur Feder der gewaltigen Bewegung des Zusammenschlusses der Konsumenten geworden. Durch Ausschaltung des Zwischenhandels, durch gemeinsamen Einkauf direkt beim Produzenten und endlich durch Eigenproduktion werden die ungeheuren Verwaltungsaufwände der Wirtschaft, die durch die verschiedenen Stufen des Handels bedingt sind, auf ein Minimum herabgedrückt. Die Konsumgenossenschaften zwingen gleichzeitig die Produktion, sich nach den Verbraucherinteressen zu orientieren.

Für die Schule ergeben sich aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation folgende Forderungen:

1. Erziehung zum wirtschaftlich denkenden Menschen,
2. Durchbrechung des Bildungsmonopols,
3. Umgestaltung der Berufsschulen.

Die Erziehung zum wirtschaftlich denkenden Menschen ist kein Bekenntnis zum Utilitarismus. Denn wirtschaftliches Denken bedeutet heute nicht mehr Kontolorrentrechnen und doppelte Buchführung. Wirtschaftlich Denken ist vielmehr ein Stück Lebensführung geworden, das eine besondere feilsche Haltung voraussetzt. Die Kinder, mit denen wir es zu

tun haben, sind in der weitaus größten Zahl proletarische Kinder, die am eigenen Körper die Problematik des Arbeiterdaseins verspüren. Sie werden die zukünftigen Arbeiter sein und werden, wenn sie in das Wirtschaftsleben eintreten, ganz andere Bedingungen als ihre Väter vorfinden. Die Vergesellschaftung wird noch weiter vorwärts geschritten sein und das Berufsproblem noch verschärft haben. Je mehr einerseits der Gesamtüberblick über die Produktion verlorengelht, desto mehr wächst die Beteiligung des Arbeiters an der wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Beteiligung erfolgt nicht durch den persönlichen Eingriff des einzelnen, sondern geht über die unpersönliche Organisation. Sein Vertrauensmann in der Organisation verhandelt für ihn über die Lohnfrage, über die Arbeitszeit, über die Ferien. Der Arbeiter hat ein gut Stück Eigenrecht über seine Person — nicht zu seinen Ungunsten — aus der Hand gegeben. Sein Vertrauensmann in der Organisation sieht für ihn in der Verwaltung der öffentlichen Betriebe und den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern. Der Vertrauensmann ist selbst aus dem Arbeitsaal herausgestiegen als ein Exponent der Arbeitnehmergruppe der Wirtschaft. Mit dem fortschreitenden Eindringen der öffentlichen Kontrolle in das Wirtschaftsleben werden die Aufgaben des Gewerkschaftsführers größer. Größer wird aber auch die Verantwortung derjenigen, die ihn zum Vertrauensmann gewählt haben. Diese Verantwortung wird bewußt in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit geweckt. Und es ist in der Tat gelungen, aus einer stumpfen, stagnierenden Masse, wie sich die Arbeiterschaft in der Zeit des Frühkapitalismus darstellte, eine bewegte und zielbewusste Organisation zu gestalten, die auf den leisesten Tip reagiert. Noch ist der Arbeiter meist politischer Mensch, im Kampfe um die politische Demokratie erstarkt. Mit der Schaffung der Demokratie sind die Kräfte frei geworden, die sich in der Richtung auf das wirtschaftliche Denken bewegen. Wie sich diese Anteilnahme am wirtschaftlichen Denken gestaltet, wird eine Sache der Bildungshöhe der Arbeiterschaft sein. Zu dieser Bildung hat die Volksschule den Grund zu legen. Sie auszubauen zu einer Schule des werktätigen Lebens muß die nächste Aufgabe sein.

Von dieser Warte aus gesehen kann die Durchbrechung des Bildungsmonopols, das nur den finanziell leistungsfähigen Eltern die Möglichkeit gibt, ihre Kinder in höhere Schulen aufsteigen zu lassen, nicht darin bestehen, möglichst vielen Kindern den Übergang und den Besuch der höheren Lehranstalten zu sichern. Daß dies für die dazu Begabten zu geschehen hat, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Durchbrechung des Bildungsmonopols muß an dem Ende der Volksschule angefaßt werden. Der Volksschüler, der mit dem achten Schuljahr in die Berufsschule übertrat, sah sich in einer Bildungssackgasse, die ihm jeden Weg zu einem eventuellen Bildungsweg verschloß. Die Berufsschulen geben ihm keine Berechtigungen. Obwohl das Bildungsideal eine ganz neue Wendung gemacht hat, indem es den berufstätigen, in der praktischen Wirtschaftstätigkeit stehenden Menschen zum Typ der Moderne machte, ist es doch noch nicht gelungen, die Schulen, die dieser Mensch durchläuft, dem Gymnasium und der Oberrealschule gleichzusetzen. Thüringen hat mit seiner Einrichtung der „mittleren wirtschaftlichen Reife“ einen Versuch gemacht, der in der Richtung des eben Geschilderten liegt. Die Volksschule muß an einer solchen Umgestaltung des Berufsschulwesens das größte Interesse haben deshalb, weil sie der Schulzug ist, der dem Volksschüler die Wege zu mittleren und höheren Berufen ebnet. Zu diesem Zwecke müssen Volks- und Berufsschule aufeinander abgestimmt sein.

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie wird stärker als bisher das gesamte öffentliche Leben nach der wirtschaftlichen Seite hin durchdringen. Die Schule wird dieser Wendung nicht ausweichen können. Sie wird aber auch hierin das erzieherische Moment vorwalten lassen, denn die Gesamtrichtung des wirtschaftlichen Menschen wird die Richtung zur Gemeinschaft sein.

Ansmann.



## Wertunterricht.

(Ein Besuch bei Herrn Schulrat Denzer in Darmstadt.)

Professor Dr. Otto Scheibner, Jena, sagte in einem Vortrag auf dem pädagogischen Kongress zu Berlin 1928 hinsichtlich des Themas „Lehrerfortbildung“ u. a.: „Hohe Wertschätzung wird pädagogischen Reisen gegeben.“ Sicherlich würden viele Kollegen gerne solche pädagogische Reisen ausführen, wenn die Not der Zeit nicht hindernd im Wege stünde; denn oftmals reizen uns die Berichte über Versuchsschulen oder über Arbeitsschulen aus dem Reich, persönlich einmal das Neue zu schauen und zu prüfen. Nun haben wir in Nordbaden mit geringen Mitteln die Möglichkeit, einen Blick ins Nachbarland Hessen zu tun, wo schon seit Jahr und Tag Herr Schulrat Denzer, der uns jüngst in verschiedenen Städten Badens Vorträge über Wertunterricht in den Bezirksvereinen hielt, für die Idee der Arbeitsschule tätig ist. Aus Berichten erster Pädagogen, aus dem, was die Frankfurter pädagogische Woche im Herbst vorigen Jahres brachte, ist zu entnehmen, daß wir in Baden in der Bewegung der Schulreform insbesondere und im pädagogischen Leben Deutschlands im allgemeinen nicht mehr wie ehemals das Musterland sind. Es will bei uns keine Entscheidung fallen; wir getrauen uns nicht, uns für die Schulreform, aber auch nicht gegen dieselbe zu erklären. So haben wir eine starke Zerrissenheit, die sich sicherlich nicht zum Heil der Schule auswirkt. Eine klare, entschiedene Stellungnahme aller zuständigen Stellen täte in diesem Punkte bitter not.

Jedoch unterdessen suchen wir die Entscheidung bei uns selbst. Professor Dr. Otto Scheibner sagt über die Lehrerfortbildung an einer Stelle folgende schönen Worte: „Die Vollgledrigkeit unserer Aufzählung verlangt, auch die Lehr- und Abungskurse zu nennen, in denen die auf Einschulung von Künstlern und Fertigkeiten abgestellte Weiterbildung ihre Erfüllung findet. Sie waren und sind reichlicher in unseren Jahren vornehmten, weil Schreiben und Zeichnen, Werken und Turnen, Spielen und Singen nach neuer Schulgestaltung verlangen.“

Hier wird ein Punkt in unserer pädagogischen Arbeit berührt, über den man gerne hinweggeht. Wie es keine Methode der Geographie ohne die Geographie gibt, ebenso sicher gibt es kein erfolgreiches Unterrichten schlechthin ohne das Handwerkliche des Unterrichts. Begründet auf diese Erkenntnis setzt Herr Schulrat Denzer den Hebel an, und wir, die wir an einem nebelgrauen Novembertage seine Arbeit in Darmstadt am dortigen Pädagogischen Institut sahen, sind ihm dankbar für die Einblicke in seine praktische Schularbeit.

Das Land Hessen schuf laut Vereinbarung der Länder im Reichsschulsausschuß eine Beratungsstelle für Wertunterricht, und Herr Schulrat Denzer ist mit dieser Stelle betraut.

In welchem Sinne wir das Wort Wertunterricht aufzufassen haben, sagt uns der Bericht über den Fünften Ausschuß der Reichsschulkonferenz. Danach ist Wertunterricht nicht etwa Handfertigkeitsunterricht, sondern Wertunterricht ist Prinzip der gesamten Schularbeit.

„Der Wertunterricht ist auf der Unterstufe Bestandteil des gesamten Unterrichts und wird allmählich selbständig, muß aber so weit als möglich in sachlichem Zusammenhang mit dem Unterricht bleiben.“

Brauchbare Arten der Werttätigkeit in der Schule sind Basteln, Formen, Malen und Zeichnen, Ausschneiden, Falten, Flechten und Weben, Papparbeit, Holz- und Metallarbeiten, ferner Garten- und Feldarbeit, Kleintierpflege, Nadel-, Koch- und Hauswirtschaftsarbeit, Säuglings- und Kleinkinderpflege.

Der Wertunterricht ist ‚Klassenzimmerarbeit‘ und ‚Wertstättarbeit‘.

Soll der Unterricht in diesem Sinne durchgeführt werden, so ist es dringendes Erfordernis, daß die Lehrerbildung den Lehrer ausrüstet zu solchem Unterrichten. Deshalb erhalten die Lehrer in Hessen entsprechende Weiterbildungskurse und die Junglehrer am Ende ihrer Ausbildung in zwölf- bis vierzehnwöchigen Kursen praktische Einführung in das Methodische und Handwerkliche des Wertunterrichts.

Wir sahen einen solchen Kurs bei der Arbeit. Es wurden die Techniken an Lehrgängen für die Unterstufe der Volksschule im Zeichnen, Formen, Ausschneiden, Pappen, Hobeln, Schrift usw. unter sachmännischer Leitung geübt. Herr Schulrat Denzer holt sich, wo es nötig ist, erste Meister aus dem Handwerk zur Anleitung herbei. Für die Oberstufe erweitert sich die Arbeit. Physik und Chemie, Biologie, Geographie, Geometrie verlangen vom Lehrer tausend Handgriffe und handwerkliches, technisches Können. Ein zweiter Kurs im Pädagogischen Institut war im Sinne von Professor Wunder bei der Arbeit mit chemischen Versuchen.

Sehr wertvoll sind weiterhin die Anleitungen zur Herstellung von Reliefs für die Heimatkunde und Erdkunde. Reliefs für das Land Hessen werden in Papiermasse nach genauen Mäßen hergestellt.

Wollten alle Einzelheiten des Geschautes hier aufgezählt werden, es führte zu weit.

Aber das, was uns Herr Direktor Vogel vom Pädagogischen Institut in Darmstadt über die Lehrerbildung in Hessen in temperamentvollem Vortrag in grundsätzlicher und schulpraktischer Hinsicht freundlichst mitteilte, wird ein andermal Gelegenheit sich bieten zu berichten.

Baden ist das einzige Land, das noch keinen Zusammenschluß der Freunde und Förderer der werttätigen Erziehung besitzt. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß auch in Baden die Arbeit in diesem Sinne einen zweckdienlichen Ausbau und Zusammenschluß in nächster Zeit erfährt.

H. Schweizer, Heidelberg.

## Bericht über die Tätigkeit der Bezirksvereine des Badischen Lehrervereins in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1928.

Die Bezirksvereine des Badischen Lehrervereins wissen in ihren Tätigkeitsberichten über das Jahr 1928 durchweg von einer erheblichen Anzahl von Veranstaltungen zu berichten, in denen wie immer eine Menge einzelner Fragen im Vordergrund des Interesses standen. Führend hierbei war aber die Tatsache, daß 1928 ein Kampfsjahr um die idealen Güter deutscher freiheitlicher Kulturpolitik gewesen ist. Das zeigte deutlich das Ringen um den Reudellischen Reichsschulgesezentwurf, das in seinen letzten Stadien und in seiner Endentscheidung noch ganz in den Anfang des Jahres 1928 fiel. Der Fall dieses Gesezentwurfs hat begreiflicherweise bei allen unseren Bezirksvereinen große

Befriedigung ausgelöst. Der Beweis, daß weithin in der badischen Bevölkerung der Wille zur badischen Gemeinschaftsschule (Simultanschule) vorhanden ist und sich durchsetzt, wenn nicht mit ganz besonderen Mitteln „autoritärer“ Art oder irreführenden Darstellungen gearbeitet wird, ist nach vielen Berichten weitgehend erbracht. Manche Bezirksvereine erklären diesen Kampf ausdrücklich als eine Stärkung des Gemeinschaftsgedankens auch für die Organisation selbst, und alle sind bestärkt in der Auffassung, daß gerade unsere simultane Organisation das Idealbild einer im Dienste der Volksgemeinschaft arbeitenden Lehrerschaft ist. Allerdings wird darüber hinaus auch davon berichtet, daß und



wie Kirche, Geistlichkeit und andere Kräfte den Kampf um die Konfessionsschule in aller Stille weitertreiben, und deshalb wird ein allseitiges „Aufderhufsein“, fortgesetzte und einwandfreie Unterrichtung der Zentrale über örtliche Beobachtungen und Vorgänge gefordert.

Die Arbeit, die das Vereinsjahr 1928 weiterhin ausfüllte, war nach allen Berichten der Kampf um die materiellen Notwendigkeiten des Daseins, um die Neuordnung der gehaltenen Verhältnisse. Die Berichtler sprechen durchweg davon, daß sowohl Zielstellung als Führung dieses Befoldungskampfes von der Organisation mit Sachlichkeit, aber auch mit Klugheit und Nachhaltigkeit zu Ende gebracht worden sei. Zwar sei nur ein Teilerfolg zu verzeichnen, aber immerhin ein solcher, der uns in der Richtung unseres Hauptziels vorwärts führt. Die vom Deutschen Lehrerverein und seinen Zweigverbänden aufgestellte Parole: „Angleichung an die Akademiker“ um der „Wesensgleichheit der Berufsarbeit“ willen sei weithin richtig. Die Forderung „80 Prozent des Gehalts der Akademiker für den derzeitigen Volksschullehrer“ entspreche billigerweise der aus den Ausbildungsunterschieden sich ergebenden Sachlage. Wenn wir das Ziel zurzeit nicht erreichten, sei das kein Grund zur Entmutigung, sondern müsse erst recht zum Zusammenhalt führen. Die Arbeit, die gerade der Obmann hier geleistet hat, insbesondere auch dadurch, daß er gleichzeitig Abgeordneter ist, wird anerkannt, und teilweise werden bittere Worte des Tadels geschrieben gegen diejenigen, die jetzt meinten, zum Schaden des Ganzen Zwietracht säen zu müssen, und die durch ein unbegreifliches Vorgehen Obmann und Gesamtvorstand herabzuwürdigen drohten.

In der Auswirkung der Befoldungsneuregelung hat insbesondere in Mannheim der rigorose Abbau der örtlichen Sonderzuschläge Verstimmung ausgelöst. Der Bezirksverein Mannheim hat sowohl intern in einer Entschliebung als auch in einer öffentlichen Beamtenversammlung mit der Gesamtheit aller Betroffenen Stellung genommen gegen diese Auswirkungen. Was von Vereins wegen zur Unterstützung getan werden konnte, ist in Eingaben und Vorstellungen geschehen.

Mit dem Inhalt der Schulzeitung waren die Mitglieder mit dem Vorbehalt zufrieden, daß der standespolitische Teil eine stärkere Auswirkung erfahren solle und daß die theoretisch-wissenschaftlichen Fragen nicht verlieren brauchen, wenn sie zugleich an Lesbarkeit da und dort gewinnen. Wiederholt wird bezüglich der letzten vereinspolitischen Auseinandersetzung in der Schulzeitung darauf abgehoben, daß diese Auseinandersetzung in einer dem Verein zum Vorteil und zur Festigung reichenden rückhaltlosen Aussprache bei der Tagung an Ostern ihren Abschluß finden müßten. Scharfe Ablehnung finden dabei die Ausführungen Dr. Kriedts, denen gegenüber die Schriftleitung nicht rechtzeitig Mittel und Wege gefunden habe, dergleichen hintanzuhalten oder wenigstens die Giftzähne auszubrechen.

Einen weiten Raum nehmen die Hinweise auf die veranstalteten Fortbildungskurse ein. Immer mehr machen sich die Mitglieder mit dieser freiwilligen und darum doppelt wertvollen Arbeit an sich selbst vertraut und stellen auch erweiterte Anträge und Anforderungen an unsere Einrichtung. Dem wird durch eine größere Abwechslung neben der erweiterten Berücksichtigung größerer Veranstaltungen in Form „pädagogischer Wochen“ oder ähnlichem Rechnung zu tragen sein. Andeutungen, daß von einzelnen Aufsichtsbeamten wieder eine Art früherer „amtlicher Konferenzen“ betrieben werde, erfahren scharfe Zurückweisung mit der begreiflichen Begründung, auch der Volksschullehrer sei mündig geworden und müsse es ablehnen, durch sein ganzes Leben gegängelt zu werden. Die jetzige Art der Fortbildung sei ein eigenstes Wert der Lehrerschaft selbst und müsse in dieser Form der Freiheit und Selbstbestimmung erhalten werden. Nur dann könne auf weitere Beteiligung im seitherigen Umfang gerechnet werden. Dagegen wird wieder gebeten, eine

etwas großzügigere Handhabung der Urlaubsregelung für solche Kurse zu erwirken. Schließlich brachten die Teilnehmer doch alle Kosten an Kraft, Zeit und Geld in erster Linie um der Schule, der Kinder willen. Begrüßt wird darum, daß sich da und dort auch die Aufsichtsbeamten an den Kursen beteiligten, ja in Einzelfällen auf ihnen besonders liegenden Gebieten als Dozenten mitwirkten. Das sei der rechte Weg: nicht Zwang, sondern Freiheit im Rahmen als einer selbstverständlich anzusehenden Arbeitsgemeinschaft. Niemand brauche Sorge zu haben, daß sich dadurch die „Autorität“ lockere oder daß die „Distanz“ gefährdet werde. Ernste und zielgleiche Arbeit verbinde, und das müsse hier das Ziel sein.

Auffallend ist, daß — wie immer, so auch diesmal — die Stellung und Wirkungsmöglichkeit des Dienststellenausschusses in manchen Berichten sehr skeptisch bewertet wird. Hier liegt es an den in ihn entsandten Vertretern, dort an dem passiven Verhalten des Amtes, wieder an einem andern Ort an der mangelnden Einarbeitung in die Rechte und Aufgaben dieser Einrichtung. An einem Ort liegt der Dienststellenausschuß seit Jahr und Tag brach, weil wegen einer auffallenden Auffassung des Amtes über die organisatorische Eingliederung der örtlichen Vertretung größerer Schulen und wegen allerlei unliebsamer Verzögerungen der ministeriellen Entscheidung die Arbeit einfach nicht aufgenommen werden konnte. Von anderen Berichten wird ausdrücklich das gute und wirksame Zusammenarbeiten mit dem Amt betont und gezeigt, wie dadurch viel Reibung verhindert oder beseitigt und manche wertvolle Unterstützung der Schularbeit geleistet werden konnte. Das ist allerdings unsere Aufgabe: Entsendung mannhafter, arbeitswilliger und fähiger Vertreter in den Dienststellenausschuß; das weitere ergibt sich dann zumeist von selbst. Dann kann ein wertvolles „Selbstverwaltungsinstrument“ aus dem Dienststellenausschuß werden.

In schulpolitischer Hinsicht wird die Arbeit des Vereins kritischen Untersuchungen unterzogen, aber festgestellt, daß sie sich sehen lassen könne auch im abgeschlossenen Vereinsjahr. Dagegen wird Klage geführt über mancherlei tatsächliche oder vermeintliche Beobachtungen. Insbesondere wird das Verfahren bei Stellenbesetzungen beanstandet. Vor allem falle auf, daß sich ein unsachlicher weltanschaulicher Einfluß seitens mancher Geistlichen bemerkbar mache, und es sehe manchmal wie eine gewisse Parole aus, der gegenüber verlangt werden müsse, daß die Behörden und besonders das Unterrichtsministerium, wo immer ihnen solche illegalen Einflüsse entgegentreten, fest bleiben und sich ihrer Verpflichtung als „Staatsbehörden“ bewusst bleiben möchten. Allerdings scheinen auch nicht überall die Vertreter der Lehrerschaft in den Schulausschüssen und Ortschulräten „ihren Mann“ zu stellen, sonst müßte doch manches von dem, was auch der Leitung übermitteln wird, schlechtweg unterbunden werden können. Erst müssen wir unsere eigenen Möglichkeiten ausschöpfen und dann erst weitere Kräfte in Anspruch nehmen. Bedauerlich bleibt allerdings, daß da und dort auch berichtet werden muß, daß auch „Bewerber“ gar manchmal die Würde des Standes bei Stellenbesetzungen nicht zu wahren wissen. Wer sich vor einer Besetzung die Beine wund läuft, soll sich nicht wundern, wenn er sich dann am Ende eines oft zweifelhaften „Sieges“ oft auf lange Jahre vor einer sehr wenig würdevollen Situation sieht. Wir müssen durch unser eigenes Verhalten uns die Bewegungsfreiheit wahren und die Behörde nötigen, von Berücksichtigung jedes illegalen Einflusses (weltanschaulichen oder politischen oder wer weiß welchen) Abstand zu nehmen. Geschieht das dann wider Erwarten doch nicht, dann steht und der Weg zur Kritik in aller Öffentlichkeit offen.

Daß die lange an abgelegenen und verkehrsarmen Orten amtierenden Amtsgenossen mit der bitteren Parole „Raus aus dem gottverlassenen Winkel“ reagieren, ist zu verstehen; eben-



so, daß im Hinblick auf die erwartete oder ersehnte Versekung auch über die von den verschiedensten Umständen beeinflussten und so sehr verschieden gehandhabten „Schulprüfungen“ auf den Konferenzen immer wieder debattiert wird. Hier ist aber Objektivität doppelt nötig. Wir müssen durch gewissenhafteste Pflückerfüllung allen sonst berechtigten Vorhalten vorbeugen. Dieser Verpflichtung gegenüber gibt es freilich keine Entschuldigung, keinen Freibrief, weder den der Jugend noch des Alters, weder den der Hoffnungslosigkeit allen Mühsens, noch den mangelnden Verständnisses beim Vorgefetzten. Nur auf Grund einer solchen Treue zur Aufgabe erwächst uns auch das Recht zum rücksichtslosen Vorwärtsdrängen in Ziel und Weg. Das kommt erfreulicherweise im einen und andern der Berichte zum Ausdruck.

Eine Darstellung der auf diesem Wege geleisteten Arbeit wird an anderer Stelle zu geben sein. Im besonderen sei noch auf größere gemeinsame Veranstaltungen der Bezirksvereine Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg und Pforzheim hingewiesen, wo in zum Teil sehr gut besuchten Versammlungen Gansberg, Bremen, Alschner, Leipzig, Denzer, Darmstadt, über „Pädagogische Gegenwartsfragen“, „Produktiver Deutschunterricht“, „Neue Wege zur Gestaltung des Deutschunterrichts“ und „Werttätigkeit als Bildungsmittel“ sprachen.

In einigen Bezirksvereinen beschäftigte man sich eingehend mit dem Thema: „Methodische Strömungen der Gegenwart“; auch die neuzeitliche Frage: „Rundfunk in der Schule“ wurde da und dort behandelt. Die Lehrerschaft sucht neue Wege, und ein Vorsitzender faßt dieses Suchen in die Worte zusammen: „Weg mit erstarrter lebensfremder Lehrweise; hin zum lebendigen Unterricht, zur Beobachtung, zum Versuch, zur Tat!“

Zum Hauptthema des Deutschen Lehrervereins, „Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerverständigung“, schreibt ein Bericht, es habe zwar die Gemüter erhitzt; aber das Ergebnis sei: „Das Thema verlangt Besinnen und neue Einstellung, Abwendung von gewohnten Meinungen und Überzeugungen; allenthalben erheben sich Lichtblicke in eine neue Zeit. Sie zu erkennen, in ihrem Lichte die Umgebung zu betrachten, ist Pflicht des Lehrers, der sich der Verantwortung vor dem jungen Geschlecht bewußt ist.“

Unsere Sozialeinrichtungen finden anerkennende Erwähnung. Die „Hilfe am Grabe“ wird oft als ein Tröster in schwerer Not empfunden, und die „Weihnachtsgaben“, ein Werk der freien Liebestätigkeit unserer Mitglieder, bringen uns auch dieses Jahr eine große Zahl von Dankschreiben aus den oft zitternden Händen verhärmter und sich verlassen wahnender Menschenkinder. Da zeigt sich der Geist der Verbundenheit am wahrsten, wenn die Hand ausgeht zu gutem Werk. Möge das immer ein Zeichen unserer Kollegialität sein. Das „Lehrerheim“ wird seiner leztjährigen Betriebsführung wegen lobend genannt. Daß es kein Luxus ist, sondern nach wie vor einem Bedürfnis entspricht, beweist der gute Besuch und die mehrfache Feststellung, daß ohne dieses immer schöner herausgeputzte Heim manch einer sich Erholung und letzte Gesundung in herrlicher Luft und durch hervorragende Mineralbäder nicht hätte gestatten können. Wer dieses Jahr unser „Bad Freyersbach“ besucht, wird weiter wunderhübsche Verschönerungen und Verbesserungen des Innern vorfinden. So ver wächst dieser Besuch von Jahr zu Jahr mehr mit dem einzelnen und mit dem Ganzen.

Die Konkordia wird in den Berichten rühmend erwähnt. Sie hat in verschiedenen Bezirksvereinen Ausstellungen von Lehr- und Lernmitteln veranstaltet und dabei die Vielseitigkeit und Leistungsfähigkeit des Unternehmens gezeigt. Die Wirkung auf die Besucher war gut. Der Brand, der vor wenigen Tagen die Konkordia heimgesucht, kann vielleicht in den ersten Wochen eine rechtzeitige Belieferung stören. Es soll aber von unseren Mitgliedern nicht vergessen werden, wieviel Segen für unsere Witwen und Waisen gerade von

der Konkordia ausgegangen ist und ausgeht. Das kann aber weiter in Zukunft nur geschehen, wenn die Lehrer unsere Konkordia durch Aufträge und Empfehlung unterstützen und ihr auch in Zukunft die Treue halten.

Zum inneren Vereinsleben wird von den meisten Berichten ein Anwachsen der Besucherziffern bei Vereinstagungen festgestellt. Andere bedauern, daß unsere im Ruhestand lebenden Kollegen eigene Zirkel geschaffen haben und dadurch zum Teil dem Vereinsleben und manchmal den Freunden entfremden. Die Gemeinsamkeit der Interessen bestehe über die dienstliche Aktivität hinaus. Das ist auch unsere Meinung. Von den Jungen wird sehr verschieden berichtet. Hier wird ihr fleißiger Besuch der Konferenzen und die Fühlungnahme mit den Älteren anerkannt. Dort bleiben sie fern von der Tagung und vom persönlichen Verkehr. Liegt es nicht vielleicht manchmal an beiden Seiten? Gewiß, der Versuche zur Abhaltung sind viele, und es braucht schon eines starken Willens und eines ausgeprägten Gemeinschaftsbewußtseins, um sich diesen Ablenkungen wenigstens zeitweise zu entziehen.

Geklagt wird über die Auswirkung der Gruppenbildung und der damit zusammenhängenden Zersplitterung. Die Welt rede so viel von „Gemeinschaft“, und jeder glaube sein Tun und Treiben mit etwas Besonderem und als etwas Besonderes begründen und abseits stellen zu müssen. Greife das aber in den Stand der Erzieher, dann sei es aus mit der „Erziehung zur Gemeinschaft“, oder Reden und Tun ständen in schroffstem Widerspruch. Recht hat diese Stimme: Wir treiben ein Werk! Wir vom Lehrstand. Warum soll das nicht wenigstens an unserm Gebiet anerkannt werden, was einfach nicht wegzudisputieren ist? Und weil es wahr ist, laßt uns dieses Werk auch in Einheit treiben! Kein Wunder, wenn ein Bericht schreibt: „Diese Zersplitterungsbestrebungen (nämlich in Stand und Organisation) müssen ruhig und sachlich, aber bestimmt und klar auf ein Minimum reduziert werden und damit aus unserem Gesichtsfeld verschwinden. Da hat ja die Vertreterversammlung 1929 das Wort.“

Das Vereinsleben ist für unsere weit zerstreut wohnenden Mitglieder sowohl als auch für die zu Hunderten in den großen Städten Antwohrenden immer noch ein Mittelpunkt beruflichen und standespolitischen Lebens. Freilich, die Formen ändern sich und die Bedürfnisse. Das Gemeinschaftsleben nimmt den Menschen auf den verschiedensten Gebieten heute stärker in Anspruch als je. Da gibt es vielerlei Abhaltungsgründe, die — genau besehen — eben doch keine Abhaltungsgründe sein dürfen, wenn es sich darum handelt, der eigenen Berufsarbeit und dem Wohle der Schule sich zu widmen. Aber auch die Stunden der Entspannung müssen im Konferenzleben gefunden werden können, wenn wahre Kollegialität, echte Brüderlichkeit, nicht nur nackter Materialismus oder trodene Geschäftigkeit dort Platz haben sollen. Mit Recht sagt daher ein Bericht:

„Was auch geschieht in den Konferenzen, kann und darf nur dem Bedürfnis der Mitglieder entsprechen. Es gab und gibt Konferenzen, die auch eine Hauptaufgabe in der Pflege einer edlen Geselligkeit erblicken. Musik, Gesang und Tanz, ein Trunk in Ehren, fröhliche Rede und Widerrede und was dergleichen Dinge mehr sind, verbreiten die Stimmung eines behaglichen Seins, dem sogar unser Hebel nicht ausgewichen ist. Und mir will scheinen, als ob gerade unsere großen Konferenzen allzu sehr den Boden dieser einenden Geselligkeit verlassen hätten, und zwar zu einem arbeitsreichen, aber gemütsarmen Gebilde geworden wären. Das „Gesellschaft-Suchen und -Finden“ muß aber auch Triebfeder des Konferenzbesuches sein und bleiben.“

Familien- und Festkonferenzen werden in sehr vielen Berichten erwähnt. Von diesen Tagungen geht wohl immer eine große Anziehungskraft aus, die auch solche Mitglieder, die sonst gern daheim bleiben, aus ihrer Behausung locken und sie am Vereinsleben teilnehmen läßt. Auch uns scheint diese Verbindung von Arbeit und Entspannung sowie dieses Hereinbeziehens von Angehörigen und Freunden in unseren Kreis eine wertvolle und unerläßliche Bereicherung in der



Tretmühle des Tages. Möchten in jeder Konferenz auch „Wegweiser“ für eine glückliche Verbindung der verschiedenen Aufgaben und Bedürfnisse sein.

Die Arbeit der Kreisvertreter in ihren Kreisen wird lobend anerkannt. Ihr Erscheinen in den Bezirksvereinen bringe stets wertvolle Berichterstattung aus dem Vorstand oder den Tagungen des Deutschen Lehrervereins. Diese unmittelbare Unterrichtung und Anregung sei ganz besonders dankbar empfunden, wenn der Obmann selbst komme, um Vereinarbeit und Ergebnis derselben am Maßstab der größeren Zusammenhänge zu zeigen. Mit dem Dank für seine reiche Tätigkeit wird in fast allen Berichten der nachdrückliche Wunsch verbunden, es möge ihm vergönnt sein, auch weiterhin als Obmann und als Abgeordneter seine uneigennützigste Arbeit in den Dienst von Schule und Lehrerschaft zu stellen.

Der Vorstand seinerseits dankt allen, die draußen als Bezirksbeamte, Vertrauensleute oder als Mitglieder ihre Kraft dem gemeinsamen Dienst an Beruf und Stand zur Verfügung stellen. Uns allen aber gelte das Wort: Einer für alle, alle für einen! Nur mit dieser Losung und dem Willen zu gegenseitiger Treue wird auch das neue Vereinsjahr mit seinen sichtbaren und erst zu ahnenden Schwierigkeiten überwunden werden können. Dazu ein herzliches „Glückauf!“

Der Schriftführer:  
Alfred Raupp.

## Sicherung des Aufbaues des Badischen Lehrervereins.

### I.

Der von der vorjährigen Vertreterversammlung eingesetzte Sichtungsausschuss hatte die Aufgabe, zu prüfen, ob und welche Gruppen und Organisationen vorhanden seien, deren Ziele und Bestrebungen denen des Badischen Lehrervereins zuwiderlaufen. Die Benennung solcher Gruppen könnte die diesjährige Vertreterversammlung veranlassen, den Mitgliedern des Badischen Lehrervereins die gleichzeitige Mitgliedschaft in diesen bezeichneten Gruppen satzungsgemäß zu verbieten. Schon die Vertreterversammlung 1926 hatte den Antrag angenommen, daß Mitglieder des Badischen Lehrervereins nicht zu gleicher Zeit dem Verein der badischen Rektoren, dem Verein der Fortbildungsschullehrer und der Arbeitsgemeinschaft Mannheimer Lehrer angehören können, wenn sie nicht gegen die Satzung des Badischen Lehrervereins verstößen wollten. Eine Satzungsbestimmung, die beim Eintritt in diese Verbände die Mitgliedschaft im Badischen Lehrerverein automatisch ausschließt, war nicht beabsichtigt. Die Verantwortung sollte vielmehr der einzelne tragen. Klare Organisationsverhältnisse hat dieser Beschluß aber nicht gebracht. Auch der Deutsche Lehrerverein befaßte sich in letzter Zeit mit der Frage der Klärung der Organisationszugehörigkeit. Der Schlichtungsausschuss mußte zusammentreten und die Frage prüfen, ob Mitglieder des Preussischen Rektorenvereins noch Mitglied des Preussischen Lehrervereins bleiben und werden können. Der Westfälische Lehrerverein hatte der letztjährigen Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins den Antrag unterbreitet, die Doppelmitgliedschaft im Preussischen Lehrerverein und im Rektorenverein aufzuheben. Als Begründung dieses Antrags wurde auf das gegensätzliche Verhalten des Preussischen Rektorenvereins bei der Bekämpfung des Reichsschulgesetzes (der Preussische Rektorenverein ging mit den Befürwortern der Konfessionsschule zusammen) sowie auf die Tatsache hingewiesen, daß diese Sondergruppe der Grundforderung des Deutschen Lehrervereins, der Selbstverwaltung, entgegenwirke. Der Schlichtungsausschuss hat die angeführten Gründe nachgeprüft und sie für ausreichend erachtet, dem Hauptausschuss des Deutschen Lehrervereins den Vorschlag

zu unterbreiten, die Ausschlußbestimmung der Satzung des Deutschen Lehrervereins durchzuführen. Der Preussische Lehrerverein hat darum vom Deutschen Lehrerverein den Auftrag erhalten, einen Beschluß herbeizuführen, daß Mitglieder des Preussischen Lehrervereins nicht zugleich Mitglieder des Preussischen Rektorenvereins sein können.

Es ist allerdings kein idealer Zustand, wenn die Großorganisation ein Verfahren gegenüber Splittergruppen durchführt, also „Schuldig sprechen“ muß. Gewerkschaftlich klar wäre dem Grundsatz, daß kein Lehrer gleichzeitig mehreren Organisationen, die schul- und standespolitische Ziele und Bestrebungen nach außen selbständig vertreten, angehören könne. Leider hat die Stuttgarter Vertreterversammlung, die das Gewerkschaftsproblem behandelte, diesen auch vom Badischen Lehrerverein unterstützten gewerkschaftlichen Grundsatz, daß man nur einer Gewerkschaft angehören kann, nicht zum Beschluß erhoben. Die Folge dieser etwas lendenlahmen Haltung ist der heutige Zustand der Absplitterung kleinerer Gruppen von der Großorganisation. Diese Bewegung zur Aufteilung in besondere Interessengruppen, die auch im politischen Organisationsleben immer weiter um sich greift, hat zweifellos zur Schwächung der Organisationen beigetragen. Bedeutete es doch nichts weniger als einen erhebenden Eindruck, daß das Finanzministerium am 22. Dezember 1927 die große Besoldungsverhandlung mit nahezu hundert Vertretern der badischen Beamten- und Lehrerschaft geführt hat. Diese „Abhörstunde“ bedeutet den Tiefstand gewerkschaftlicher Haltung und Einflusses. Trifft der Vorwurf der Zersplitterung nur die badische Beamtenerschaft? Die organisierte badische Lehrerschaft marschierte auf mit Vertretungen: des Badischen Lehrervereins, des Vereins Badischer Lehrerinnen, des Katholischen Lehrervereins, des Katholischen Lehrerinnenvereins, des Fortbildungsschullehrervereins, des Vereins der Rektoren und Oberlehrer, des Rektorenvereins (Hellmuth), des Vereins der Hilfsschullehrer, der Arbeitsgemeinschaft Mannheimer Lehrer. Ist es da zu verwundern, daß die Stohkraft und Bedeutung gewerkschaftlichen Zusammenschlusses immer mehr verlieren muß? Vertreter der Sondergruppen, nach dem Grund des besonderen Zusammenschlusses gefragt, erklären kurz und bündig: Die Großorganisation hat unsere Interessen nicht vertreten; deshalb waren wir gezwungen, uns zusammenzuschließen und selbständig vorzugehen. Unsere Interessen nicht vertreten? Weiß man nicht, daß eine Gemeinschaft nur unter Aufgabe persönlicher Interessen bestehen kann? Den Glauben zu erwecken, daß die eigenen Ziele vernachlässigt worden seien, dürfte zudem in der heutigen Zeit des nur wirtschaftlichen Denkens nicht allzu schwer sein. Prüft man nämlich die ureigenen und nicht zu verleugnenden Ziele der meisten Sondergruppen unvoreingenommen nach, so kann man immer wieder, soweit nicht weltanschauliche Gruppierungen vorliegen, auf wirtschaftliche Sonderinteressen stoßen. Daß die Gruppen diese ihre wirtschaftlichen Sonderziele nicht in den Vordergrund rücken, ist kein Beweis dafür, daß sie nicht die oft einzig bewegenden Kräfte zur Gruppenbildung sind. Selbstverständlich wird nicht unterlassen, über diesen wirtschaftlichen Zielen einen ideologischen Aufbau aufzurichten. Die Stadtlehrervereinigung z. B. von Mannheimer und Pforzheimer Lehrern ist zweifellos eine rein wirtschaftliche Bewegung. Das hat der Führer auch offen zugegeben, als es sich darum drehte, um die Stellung zum Reichsschulgesetz herumzukommen. Jetzt sucht man dort allerdings nach einer ideologischen Begründung, und man wird nicht fehlgehen, wenn man die Schlagworte „Hebung der städtischen Volksschule“, „Aufbau des neunten und zehnten Schuljahres“, „Zuerkennung der mittleren Reife“ als künftigen Aufbau ansieht. Oder soll sogar das Fundament der wirtschaftlichen Forderung hinterher erstellt werden? Prüft man den Umfang dieser wirtschaftlichen Sonderinteressen nach, so muß man sogar erkennen, daß es sich da und dort nur um ein paar hundert Mark handelt, die man der All-



gemeinheit gegenüber voraus haben möchte. Distanzpolitik? Eine Gruppe höher als die Klassenlehrer. Schallte es so nicht früher namentlich aus den Reihen der Direktoren, der Fortbildungsschullehrer? Heute, wo der Aufbau der Besoldungsordnung anders ist, kämpft man um einige hundert Mark Stellenzulage über die Endstufe der Klassenlehrer hinaus. Ist das die Frucht der mit großer Kraft durchgeführten Standesbewegung der Volksschullehrer? Wahrlich, man müßte sagen, daß die Arbeit unserer Väter ein kleinliches und egoistisches Lehrergeschlecht gefunden hätte, wenn man nicht mehr daran glaubte, daß die große Mehrheit der badischen Lehrerschaft noch den weiten und steilen Weg zur Aufwärtsbewegung vor sich sähe. Wie wollen sich die Sonderorganisierten an den großen, noch zu lösenden Aufgaben der Lehrerbildung, der inneren Umstellung der Volksschule, der Anerkennung der Arbeit des Volksschullehrers gegenüber der der akademischen Lehrer, beteiligen, wenn man mit seiner Sondergruppe auf einem Nebengleis steht? Hat man nicht das Gefühl des Ausgeschaltetheits? Ob man in Zukunft in Sondergruppen mit selbständiger Aufgabenerfüllung und zugleich in seiner Großorganisation stehen kann, das steht eben auf der diesjährigen Vertreterversammlung zur Entscheidung. Man sollte glauben, daß der einzelne die Verantwortung, den Großorganisationen den Rücken zu kehren, um so seinen Sonderzielen dienen zu können, nicht tragen kann. Klärung ist notwendig.

## II.

Der Badische Lehrerverein vertritt sachungsgemäß und tatsächlich die Ziele der Volks- und der Fortbildungsschule und ihrer Lehrer. Nach dem Fortbildungsschulgesetz ist die Fortbildungsschule die Fortsetzung der Volksschule; beide Schulgattungen bilden eine Einheit. Ob die Fortbildungsschule späterhin zu einer reinen, von der Volksschule losgelösten Berufsschule sich entwickelt, oder ob ein fortschreitendes Aufsaugen der männlichen Fortbildungsschule durch die Gewerbe- und Handelsschulen sowie durch die neu zu errichtenden Landwirtschaftsschulen sich vollzieht, sei hier zunächst dahingestellt. Vorerst hat es den Anschein, als ob nur die Fortbildungsschule für Mädchen Zukunft hätte. Durch den starken Einschlag der praktischen hauswirtschaftlichen Ausbildung hat sie in weiten Kreisen der Bevölkerung, nicht zuletzt in ländlichen Bevölkerungsschichten, gute Aufnahme gefunden.

Jedenfalls dürften die Schwierigkeiten, die sich der Weiterentwicklung der Fortbildungsschule für Knaben entgegenstellen, nicht gering sein. Und es bedarf der Zusammenarbeit aller, ihre Zukunft sicherzustellen. Die Frage der Ausgestaltung der Fortbildungsschule war auch gar nicht der Grund, der da und dort zu einem gewissen Gegensatz zwischen den Lehrkräften der Volks- und der Fortbildungsschule geführt hat. Auch hier steht die Besoldungsfrage im Brennpunkt. Daß der Fortbildungsschullehrerverein sein Besoldungsziel nicht erreicht hat, sei ohne weiteres zugegeben. Daß auch dafür die Großorganisation verantwortlich gemacht wird, entspringt agitatorischem Bedürfnis.

Es ist aber nicht die Schuld des Badischen Lehrervereins, daß der Versuch, in der Besoldungsfrage zu einem gemeinsamen Vorgehen aller Lehrergruppen zu kommen, gescheitert ist. Der Direktorenverein trat davon zurück mit der ausdrücklichen Feststellung, daß im Besoldungsziel kein Gegensatz zwischen dem Direktorenverein und dem Badischen Lehrerverein bestehe. Aber man fürchtete den Bestand der eigenen Organisation. Auch der Fortbildungsschullehrerverein trat von der gemeinsamen Front zurück. So führte jede Organisation den Besoldungskampf auf eigene Faust. Und das Ergebnis? Die Führer des Fortbildungsschullehrervereins erklären, es sei unerträglich, daß vom zweiundfünfzigsten Lebensjahr ab die Fortbildungsschullehrer denselben Gehalt beziehen wie die Hauptlehrer. Also auch hier Distanzpolitik! Dabei vergißt

man, daß, die Fortbildungsschullehrer eine ganz andere Besoldungslaufbahn haben als die Hauptlehrer. Hätte die Regierung nur einen gewissen Gehaltsabstand zwischen den Klassenlehrern und den Fortbildungsschullehrern auf alle Fälle erhalten wollen, so hätte nicht das Prinzip der Gehaltsgruppen, sondern das der Stellenzulagen zur Grundlage erklärt werden müssen. Festgestellt darf übrigens werden, daß es das Finanzministerium war, das erklärte, keine Aussprache über die Frage zulassen zu können, ob und inwieweit einzelne Gruppen über 5800 Reichsmark hinaus Zulagen erhalten könnten. Im übrigen scheint es notwendig zu sein, die Gehaltsstaffeln der Hauptlehrer an der Volks- und Fortbildungsschule nebeneinanderzustellen.

Es erhalten Grundgehalt:

| Lebensjahre          | Hauptlehrer<br>und<br>Haupt-<br>lehrerinnen | Fortbildungs-<br>schulhauptlehrer |                    | jährlich<br>mehr<br>von |
|----------------------|---|-----------------------------------|--------------------|-------------------------|
|                      |   | Grund-<br>gehalt                  | Stellen-<br>zulage |                         |
| im 26. u. 27.        | 2800  | 2800                              | 400                | 400                     |
| „ 28. u. 29.         | 3050  | 3050                              | 400                | 400                     |
| „ 30. u. 31.         | 3300  | 3300                              | 400                | 400                     |
| „ 32. u. 33.         | 3550  | 3550                              | 400                | 400                     |
| „ 34. u. 35.         | 3800  | 3800                              | 400                | 400                     |
| „ 36. u. 37.         | 4000  | 4000                              | 400                | 400                     |
| „ 38. u. 39.         | 4200  | 4200                              | 400                | 400                     |
| „ 40. u. 41.         | 4400  | 4950                              |                    | 550                     |
| „ 42. u. 43.         | 4600  | 5200                              |                    | 600                     |
| „ 44. u. 45.         | 4800  | 5500                              |                    | 700                     |
| „ 46. u. 47.         | 5000  | 5800                              |                    | 800                     |
| „ 48. u. 49.         | 5000  | 5800                              |                    | 800                     |
| „ 50. u. 51.         | 5000  | 5800                              |                    | 800                     |
| „ 52. u. 53.<br>usw. | 5800  | 5800                              |                    | —                       |

Dazu tritt für die ältesten Lehrer an der Fortbildungsschule eine nicht pensionsfähige Stellenzulage von jährlich 300 Reichsmark, so daß heute tatsächlich nur zwischen dem zweiundfünfzigsten und dem sechzigsten Lebensjahre die Gleichstellung zutrifft.

Was uns in der Besoldungspolitik not tut, ist nicht die Erreichung irgendeiner Stellenzulage über 5800 Reichsmark hinaus, sondern der breite Einmarsch in die Verzehntenstelle 3b. Das ist das gemeinsame Ziel der Klassenlehrer, der Direktoren, der Fortbildungsschullehrer, der Ersten Lehrer und der Hilfschullehrer. Verbauen wir uns dieses Ziel nicht durch Zwischenlösungen? Keine Sondergruppe wird behaupten können, daß der Badische Lehrerverein sich für die Erreichung dieses Zieles nicht energisch genug eingesetzt hätte.

Ein gewisser Gegensatz zum Verein der Fortbildungsschullehrer besteht aus einem anderen Grunde. Der Fortbildungsschullehrerverein gehört dem Badischen Beamtenbund an, und zwar dem Mitgliederverband II, in dem die Fachgruppen der mittleren Beamten Badens zusammengeschlossen sind. Nun wendet sich dieser Mitgliederverband II in einer Eingabe vom 14. Februar 1928 auch gegen die Bestrebungen der Volksschullehrer. In der Eingabe heißt es u. a.:

Die Bestrebungen der Volksschullehrer lassen erkennen, daß letztere über die gehobenen mittleren Beamten — schon in der Normalgruppe — herausgehoben zu werden wünschen. Demgegenüber betonen wir erneut unsere — von Regierung und Landtag früher schon anerkannte — Forderung, unserer Berufsarbeit keinesfalls eine Minderbewertung\*) gegenüber der der Volksschullehrer zuteil werden zu lassen. Wir nehmen Bezug auf die an das Badische Staatsministerium gerichtete Eingabe vom 30. Dezember 1927, in der wir zu dieser Frage eingehend Stellung genommen haben.

Bei den Einzelforderungen sind auch die der Fortbildungsschullehrer besonders genannt, und zwar wird die Forderung



vertreten, „die Fortbildungsschullehrer der allgemeinen oder gewerblichen Fortbildungsschule auf wichtigen Stellen in die Verzahnungsgruppe 3b mitaufzunehmen“. In der Begründung wird gesagt:

Dadurch soll einem zwingenden Erfordernis, das sich aus der Besonderheit der Berufsarbeit der genannten Fortbildungsschulhauptlehrer\*) ergibt, Rechnung getragen werden, zumal für sie die Möglichkeiten, Rektoren zu werden, sehr beschränkt sind.

Nun stellt zwar der Fortbildungsschullehrerverein in seiner Fachzeitung fest, daß er nie eine Eingabe der gehobenen mittleren Beamtenchaft mitunterzeichnet habe. Doch das ist nur ein Wortspiel. Unterzeichnet ist diese ebengenannte Eingabe vom geschäftsführenden Vorstand des Mitgliederverbandes II, von den Herren Kühner und Dieß. Die Eingabe ist aber im Namen „der angeschlossenen Fachverbände“ weitergereicht worden. Die Namen der angeschlossenen Fachvereine sind der gedruckten Eingabe beigegeben, und da lesen wir unter Nr. 11: „Verein badischer Fortbildungsschullehrer“ und unter Nr. 12 „Verein badischer Lehrer an gewerblichen Schulen“. Es besteht also die Tatsache zu Recht, daß der Verein der Fortbildungsschullehrer für den Satz: „Die Bestrebungen der Volksschullehrer lassen erkennen, daß letztere über die gehobenen mittleren Beamten herausgehoben zu werden wünschen“, mitverantwortlich ist. Auch die Fortbildungsschullehrer im Fortbildungsschullehrerverein wissen, daß seit 1919 der Deutsche und der Badische Lehrerverein ihr Programm geändert haben und jeden Vergleich mit der mittleren Beamtenchaft ablehnen, nicht aus Bewertungsgründen, sondern wegen der Verschiedenartigkeit der Dienstaufgabe.

Dazu tritt noch folgendes:

In einer vorbereitenden Aussprache im Landestartell wurde festgelegt, daß bei den großen Verhandlungen über die Besoldungsfrage mit dem Finanzministerium am 22. Dezember 1927 im Sitzungssaal des Landtags jede Gruppe ihre Besoldungsforderung ohne Bezugnahme auf die anderer Gruppen zu vertreten habe. Der Badische Lehrerverein vertrat seinen grundsätzlichen Standpunkt: Angleichung an die Gehälter der Akademiker. Dazu vor allem: Beseitigung der Gruppe mit 5400 Reichsmark Grundgehalt und Heraufhebung der Klassenlehrer auf 5800 Reichsmark. Der Obmann des Badischen Lehrervereins betonte ausdrücklich, daß die vorgesehene Einstufung der Fortbildungsschullehrer sogar eine Zurückstufung für diese Gruppe bedeute. Der Vertreter der gehobenen mittleren Beamtenchaft hielt sich nicht an die Abmachungen. Er trat zwar der Forderung der Volksschullehrer nicht entgegen, betonte aber: Falls die Volksschullehrer über 5800 Reichsmark hinausstämmen, müßte auch die mittlere Beamtenchaft ebenso behandelt werden. Diese Äußerung wurde allgemein als eine Gegenwirkung gegen die Forderung der Lehrerschaft aufgefaßt. Als aber die Frage der Einstufung der Fortbildungsschullehrer zur Sprache kam, da war es derselbe Vertreter der gehobenen mittleren Beamtenchaft, der die Forderung des Fortbildungsschullehrervereins vertrat. Diese Haltung der Vertreter des Fortbildungsschullehrervereins ließ jede Solidarität vermissen, und wir können uns nicht denken, daß die Mitglieder des Fortbildungsschullehrervereins dieses Vorgehen gutheißen können.

Vorstehende Ausführungen sollen nicht als Anklage aufgefaßt werden, sondern als Feststellung und Material für die Vertreter, die in Freiburg zur Frage der Durchführung des § 4 der Satzung Stellung zu nehmen haben.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Von uns gesperrt. Die Schriftleitung.

Anmerkung: In einem früheren Aufsatz „Lehrerbefoldung“ war irrtümlicherweise als Höchstgehalt der heftischen Fortbildungsschullehrer 5800 Mk. statt 6600 Mk. angegeben.

## Änderungen im Turnunterricht der Mädchen.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat eine Verfügung erlassen, die darauf abzielt, Turnen und Spiel der Mädchenklassen ausschließlich in die Hände von Lehrerinnen zu legen. Mit Erstaunen wird man sich fragen, was die Veranlassung zu solchem Vorgehen bot. Ist denn die Sittlichkeit in Gefahr, wenn Lehrer Mädchen in Turnkleidung sehen, oder steigt den Schülerinnen die Schamröte zu Gesicht, wenn sie im Turnanzug vor den Lehrer treten? Dann wäre es weit gekommen, wenn wir so dem gesunden natürlichen Empfinden entfremdet wären. Wenn ich dem Kinde, das mir anvertraut ist, gegenüberstehe, dann empfinde ich nicht anders, als wie ich als Vater meiner eigenen Tochter gegenüber empfinde. Dieses Verhältnis darf keine Scham kennen. Es muß darum auch über jede Verletzung erhaben sein. Wenn irgendwo das strenge Christuswort vom Anschauen des Weibes gilt, so gilt es hier. Wer aber eine andere Möglichkeit erörtert, der läßt die Zügel der Sittlichkeit locker, anstatt sie zu straffen. Furcht schafft Ansteckungsgefahr. In einer Gesellschaft, die sittlich gesund ist, muß sich das Moralische von selbst verstehen. Sollte das in unseren Schulen nicht mehr der Fall sein? Dann dürfte ja kein Mann mehr dem weiblichen Wesen gegenübertreten, auch der Arzt nicht, und selbst die seelische Versorgung durch den Geistlichen wäre in Gefahr. Sollten unser Volk und unsere Jugend so entartet sein? Das wird kein Mensch glauben.

Wir wissen ja, daß das Bestreben seit langem geht, die Mädchenklassen den Lehrerinnen zu übergeben. Die Erziehung durch die Frau als Mutter in höchsten Ehren! Für Massenerziehung ist die Frau schon fragwürdiger. Jedenfalls hat uns die Kriegszeit erwiesen, daß es nicht heilsam ist, wenn auch die Erziehung der Mädchen nur der Mutter anvertraut ist. Es darf außerdem auf die soziale Seite der Frage verwiesen werden. Könnte man es verantworten, den Mann aus dem Lehrberuf mindestens sehr stark hinauszudrängen und damit die Möglichkeit zur Familiengründung noch weiter zu verringern, als dies heute schon der Fall ist? Das spräche nicht für ein großes Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volk und dem Staate. Es haben heute nicht alle Frauen Aussicht, zur Ehe zu gelangen. Ihnen muß die Lebensmöglichkeit durch den Beruf geboten sein. Aber ein gesund empfindendes Volk muß die Familie als seine Lebenswurzel betrachten und dementsprechend schützen. Auch hier darf die öffentliche Meinung nicht wankend werden, ohne die Unsitte wachzurufen.

Man unterlasse daher ein Rütteln am gesunden sittlichen Empfinden mit solchen scheinbaren Behütungsmaßnahmen wie die: das Mädchenturnen in die Hände von Lehrerinnen. Oder denkt man denn daran, die Männer bis hinauf (auch in der Turnlehrerbildungsanstalt und im Ministerium) beim Mädchenturnen auszuschließen? Spiel und Ausgang sind in der Regel beisammen. Der Ausgang ist notwendige Grundlage eines neuzeitlichen Unterrichts und muß dem Klassenlehrer verbleiben. Es heißt darum, ihn aus Mädchenklassen hinausdrängen, wenn man ihm den Unterrichtsausgang nimmt. Hier ist doch wohl für zielklare Regierungsmaßnahmen alle Vorsicht geboten. Nicht dem Tagesgeschrei sollte man nachgeben, sondern nur guten Gründen.

## Die zukünftige Dienstprüfung.

Die Neuordnung der Lehrerbildung erfordert in nächster Zeit auch eine Änderung der Vorschriften für die Dienstprüfung. War diese in früherer Zeit eine erweiterte Wiederholung des Seminarwissens, so ist späterhin die Richtung unverkennbar, eine Vertiefung in einzelnen Fächern zu ermöglichen. Ohne Zweifel war das ein gesunder Zug. Sind doch gerade unter der alten Ordnung tiefer angelegte Naturen



daran gescheitert, daß sie ihr Studium auf zu breiter Grundlage begannen, um überhaupt durchdringen zu können. Der Leitfadearbeit des Seminars aber waren sie überdrüssig. Eine gewisse Überschau über das Wissen ist für jeden Menschen nötig, für den Lehrer ganz besonders. Er muß sich dessen bewußt sein, daß Bildung geistiges Gesamtwachstum ist. Wo der Blick auf das Ganze fehlt, da ist es um Erziehung schlecht bestellt.

Abgesehen davon, daß die Erziehungslehre den Blick dauernd auf den ganzen Menschen lenkt, darf das Bedürfnis nach einer gewissen Allgemeinbildung zunächst mit der Ablegung des Abiturs als befriedigt gelten. Der Wissensstoff ist so weit durchgearbeitet, daß ein Einblick in die einzelnen Gebiete vorhanden und ein Eindringen zum Zweck der Vorbereitung auf den Unterricht sehr wohl möglich ist. Von dem Glauben, daß der junge Volksschullehrer alles und jedes wissen müsse, was er im Laufe der Jahre zu unterrichten hat, wird wohl niemand mehr besessen sein. So handelt es sich also nach Aneignung der erforderlichen Allgemeinbildung um das eigentliche Studium der Pädagogik und ihrer Hilfswissenschaften und um die Befähigung zur Unterrichtserteilung. Daß diese sich erst durch die eigene verantwortliche Arbeit in der Klasse herausbildet, ist selbstverständlich. Damit aber entscheidet sich erst endgültig die Eignung oder Nichteignung für den Lehrberuf. Es ist darum gerechtfertigt, die Anstellungsfähigkeit von der Bewährung im Amt abhängig zu machen.

Die bisherige Dienstprüfung vermochte in dieser Hinsicht nicht sehr viel festzustellen. Sie verlangte Wissen. Das Können zeigte sich nicht in einer kurzen Lehrprobe in einer fremden Klasse oder in einer schriftlich ausgearbeiteten Katechese. Die preußische Verordnung über die zweite Lehrerprüfung vom 25. Juni 1928 ist darum in dieser Hinsicht vorbildlich. Sie schreibt eine Prüfung am Orte der Anstellung vor. Bedingung sollte allerdings sein, daß der Lehrer seine Klasse schon längere Zeit führt. Eine zweijährige selbständige Tätigkeit im Schuldienst muß außerdem Voraussetzung sein für die Zulassung zur Dienstprüfung. Der Prüfungsausschuß sollte sich zusammensetzen aus einem Beauftragten des Ministeriums, einem Schulaufsichtsbeamten und einem methodisch erfahrenen Lehrer, der durch den Dienststellenausschuß des Bezirks zu benennen wäre. Die Prüfung selbst bräuhete sich nicht auf alle Fächer auszudehnen. In zwei- bis dreistündiger Unterrichtsarbeit kann die Lehrbefähigung sehr wohl erkannt werden, besonders wenn dem Lehrer nach seiner praktischen Vorführung noch Gelegenheit geboten wird, seine Wege theoretisch zu begründen und seine Vertrautheit mit der methodischen Literatur zu zeigen.

Trotzdem wäre eine Entwertung der Dienstprüfung nicht zu verkennen, wenn sie sich nur auf diesen Teil am Schulort beschränken würde. Die früheren Vorschriften nötigten immerhin zu einer systematischen Durcharbeitung des Stoffes und stellten besonders in der erweiterten Prüfung hohe Anforderungen. Beschränkt man die vertiefte Arbeit auf das eigentliche Fachgebiet, auf Pädagogik, so darf wohl hier ein umfassenderes Wissen erwartet werden, als es sich in der immerhin kurzen Prüfung am Ort bewerten ließe. Nach der neuen Vorbildung kann ohnedies der Drang sowohl als auch die Befähigung zu eigener wissenschaftlicher Arbeit bei den jungen Lehrern erwartet werden. Den Anreiz muß darum eine wissenschaftliche Prüfung am Orte des Ministeriums oder an einer Lehrerbildungsanstalt geben. Eine größere schriftliche Arbeit wäre vorher einzureichen. Der Volksschule insgesamt käme diese Arbeitsweise zugute, und es könnte durch sie manches ausgeglichen werden, was unserer neuen Lehrerbildung gegenüber der in anderen Ländern noch den Stempel der Rückständigkeit aufdrückt.

Es ist nicht gerade anzunehmen, daß auch die Religionsprüfung zu wiederholen wäre, nachdem sie bei der Abgangsprüfung abgelegt wurde und die Arbeit in der Klasse in regel-

mäßigen Zeiträumen durch Beauftragte der Kirchen begutachtet wird. Es handelt sich ja auch bei der schulpraktischen Prüfung am Wirkungsort nicht um eine Einsichtnahme in alle Fächer, sondern bloß um Feststellung der beruflichen Eignung. Methodisches Geschick aber wird sich selbstverständlich auch im Religionsunterricht auswirken. Es ist darum hierfür keine besondere Bewertung mehr nötig, wenn nicht gerade Geltungsgründe bestimmend sind. Keinesfalls aber könnte eine Prüfung am Orte durch untergeordnete kirchliche Organe anerkannt werden. Sollten die Kirchen auf einer zweiten Prüfung bestehen, so wäre diese gemeinsam mit der wissenschaftlichen abzunehmen.

Es wäre noch ein Wort zu sagen bezüglich der Ausdehnung der neuen Dienstprüfungsart auf die nach der früheren Ordnung ausgebildeten Junglehrer. Im allgemeinen wird man diesen nach Inkrafttreten neuer Bestimmungen die Wahl lassen müssen. Man wird sie innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht zwingen, sich für die Neuordnung zu entscheiden; aber wünschenswert ist es, daß der Übergang und die Angleichung sich möglichst rasch vollziehen. Es kommt ja nicht darauf an, auf welchen Gebieten gearbeitet wird, sondern daß gearbeitet wird, und zwar womöglich wissenschaftlich.

Das erscheint uns aber auf dem eigentlichen Betätigungsfeld des Lehrers, in Pädagogik, eher möglich als in anderen Fächern. Notwendiger ist es ohnedies; denn in Pädagogik muß der Lehrer zu Hause sein. In unserer gärenden Zeit ist nichts mehr im Fluß als die Erziehungslehre. Wer sich nicht einfach vom Strome treiben lassen, sondern klaren Blickes dem Ziele zustreben will, der muß Bescheid wissen über das Woher und Wohin. Und dazu soll die zweite Lehrerprüfung gewisse Voraussetzungen schaffen.

## \* R u n d s c h a u \*

**Ein politisches Revolutionchen.** Der „Badische Beobachter“ schreibt in Nr. 60 vom 1. März 1929: In dem Badischen Lehrerverein ist ein politisches Revolutionchen ausgebrochen. An der Spitze der genannten Organisation steht der demokratische Landtagsabgeordnete Oskar Hofheinz aus Heidelberg. Gegen ihn richtet sich nun der Aufstand. Unter seinen Führern wird vor allem der Dr. Kriedl genannt. Dieser gibt ein Blatt heraus: „Die freie deutsche Schule“. Dieses droht nun, „zu einem Oppositionsorgan in Baden ausgebaut zu werden“. An seiner Seite erscheint „als freiwilliger Helfer“ „Der Stadtlehrer“, das Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft einiger Mannheimer und Pforzheimer Lehrer. Im Hintergrund aber steht die „Politik“, und zwar die der Nationalliberalen. Ihr Monatsblatt „Badenwacht“ druckt in Nr. 2 vom 1. Februar mit vielem Behagen den Revolutionsartikel im „Stadtlehrer“ ab und gibt ihm, damit man den Sinn der Revolution auch recht versteht, folgende Einführung: „Zerfetzungserrscheinungen innerhalb der Demokratie! Wie bekannt, hat der demokratische Fraktionsführer, Landtagsabgeordneter Dr. Glodner, eine Wiederaufstellung abgelehnt. Aus verschiedenen Verlautbarungen wurde als Nachfolger Herr Hauptlehrer Hofheinz, der Obmann des Badischen Lehrervereins, genannt. Nimmeh ist innerhalb des Badischen Lehrervereins eine sehr starke Krise ausgebrochen, die auch für die Demokratische Partei nicht ohne Folgen bleiben wird.“

Wir wundern uns über die politische Revolution, die wir da vor uns haben, nicht. 1918/19 hat die Nationalliberale Partei in Baden aufgehört zu existieren. Ihr Besitz ging über Nacht an die Demokratie über. Seither hat sich aber die nationalliberale Firma auch in Baden wieder aufgetan, und zwar unter dem Namen „Deutsche Volkspartei“. Man kann es verstehen, daß sie sich nun auch anstrengt, um den alten Besitz wieder zu gewinnen. Dazu gehört auch die im Badischen Lehrerverein organisierte Lehrerschaft. Darum das große Interesse der „Badenwacht“ an der Revolution im Badischen Lehrerverein und darum auch ihre Prophetie: „Die sehr starke Krise werde auch für die Demokratische Partei nicht ohne Folgen bleiben.“ Damit haben wir als objektive Zuschauer den Sinn der Sache an der Hand der Dokumente darzulegen.

Der Hauptstich der Revolution richtet sich natürlich mit aller Wut gegen den Herrn Obmann Oskar Hofheinz. Ihm sagt man: „Diese Politik des Osmanns Hofheinz hat Schiffbruch erlitten.“ Man wirft ihm „Unduldsamkeit und Herrschsucht“ vor. „Er treibe Parteipolitik, keine Vereinspolitik.“ „Das Ergebnis davon sei die Abhängigkeit des



Berufsvereins von einer ohnehin auf der ganzen Linie absterbenden Partei." Dieser dahinsiechenden Partei der Demokraten steht natürlich die im Morgenrot wieder erscheinende Nationalliberale Partei gegenüber; das sieht man so zwischen den Zeilen.

Damit das Ding aber noch besser zieht, wird der Vorwurf erhoben: „Das Musterland Baden marschierte heute mit seiner Schule so ziemlich in den letzten Reihen.“ So etwas reißt sich ja ganz wunderbar an die Behauptungen des Herrn Dr. Mattes von den größten Steuern und der teuersten Verwaltung an. Schade, daß nicht dazu gesagt wird, was Baden im Vergleich zu anderen Ländern für seine Schulen ausgibt.

Noch deutlicher wird aber die anstürmende Revolution. Sie erhebt die Anklage: „Demokraten und Sozialdemokraten hätten sich (in der Lehrerbildungsfrage) den Wünschen und dem Diktat des Zentrums gefügt.“ „Im Dienste des Zentrums sei die badische Simultanschule, der Hort fünfzigjährigen Schulfriedens, preisgegeben und dem Konfessionalismus ausgeliefert worden.“ Und schuld daran? Hofheinz, der Obmann! Angesichts dieser Irreführung müssen wir schon sagen, wenn einer geradezu fanatisch für die liberalen Schulideen sich eingesetzt hat, so ist es Herr Hofheinz. Wir haben gerade deshalb manchen Strauß mit ihm gehabt. Allein die Revolutionsführer können diese historische Tatsache nicht brauchen; sie müssen Herrn Hofheinz schon eher als Zentrumshörigen brandmarken, um zum Ziele gelangen zu können. Für uns aber ist der Vorgang eine ernste Warnung, in der Schulfrage ja nicht vertrauenselig zu sein. Die Geister um einen Dr. Kried und sein Organ „Die freideutsche Schule“ würden genau wie Herr Hofheinz denselben Zielen dienen. Daß das Reichsschulgesetz scheiterte, ist das bedenkliche Verdienst des einen wie des anderen Liberalismus. Die Frage ist nur, wer künftig führt: die Nationalliberalen oder die Demokraten. Uns interessiert die Frage kaum: dagegen beachten wir den Geist, der sich von neuem offenbart.

Einstweilen setzt sich der Herr Hofheinz in seiner „Schulzeitung“ zur Wehr. Draußen treten Konferenzen für ihn ein; allein es wird sich fragen, ob die anderen nicht auch zu neuen Stößen ausholen, um im Herbst am Wahltag die Früchte einzuernten. Wir werden den Gang der Dinge beobachten. Soviel steht heute schon fest, die Demokratie wird sich ordentlich zur Wehr setzen müssen, um den revolutionären Ansturm wirkungsvoll abschlagen zu können. Die Nationalliberalen wollen eben unter allen Umständen ihren „Altbesitz“ wieder haben. Die um Herrn Hofheinz scheinen diese Absicht der Revolution zu erkennen; denn die „Badische Schulzeitung“ schreibt S. 86: „Den Vorwurf, als ob der Badische Lehrerverein über den Obmann in der Sörgigkeit des Zentrums stehe, braucht man nur herauszustellen, um seine groteske Väterlichkeit darzustellen... Wessen Geschäfte aber Dr. Kried mit seinen unfairen und sinnlosen Anwürfen besorgt hat, steht jetzt schon fest.“

Die Revolutionsführer gaben scheinbar die Parole aus: Entpolitisierung der Vereinsleitung! Wir halten davon genau das, was die Scheinparole verdient. Sie ist bei den wissenden Hintermännern eine Maserade und sonst nichts. Die Frage wird nun sein, wie der Lehrerstand sich zur Sache stellt, wie er vor allem die treibenden Geister selbst beurteilt. Der Vorstand des Badischen Lehrervereins hat, wie wir schon berichtet haben, eine geharnischte Erklärung gegen Dr. Krieds „haltlose Behauptungen“ im Vereinsorgan erlassen und die Bezirkslehrervereine sowie eine Kreisversammlung in Karlsruhe mit 500 Besuchern stellen sich der Reihe nach auf die Seite des Herrn Hofheinz.“

Es ist immerhin bemerkenswert, daß der schulpolitische Gegner dem Obmann des Badischen Lehrervereins das reißlose Einsehen für die Ziele seiner Organisation bezeugt. Der Gegner muß es ja am besten wissen, was manche Mitglieder allerdings nicht immer wissen wollen.

Zur Erklärung des Badischen Lehrervereins schreibt der „Badische Beobachter“, nachdem er die Erklärung im Wortlaut abgedruckt hat: „Wenn Dr. Kried nicht gewohnt ist, in der Polemik seine Behauptungen sorgsam abzumessen, wie auch wir das schon erfahren haben, so kann man auch von dieser Erklärung nicht sagen, daß sie maßvoll zurückhält. Da gibt es offenbar keinen Kropf.“ — Das war auch beiderseits nicht beabsichtigt.

**Austritt aus dem Badischen Lehrerinnenverein!** Der „Badische Beobachter“ schreibt in seiner Nummer vom 2. März 1929: „Die seit einigen Jahren immer stärker zur Geltung gelangende einseitige Richtung im Verein badischer Lehrerinnen, wie sie z. B. auch in der Entschliebung zum Reichsschulgesetzentwurf deutlich zum Ausdruck kam, hat das langjährige Vorstandsmitglied dieses Vereins, Frau Rektorin Rigel, M. d. L., genötigt, die Folgerungen zu ziehen und aus dem Verein badischer Lehrerinnen auszutreten. Sie tat dies mit nachstehendem Schreiben an die Vereinsleitung:“

„An den Vorstand des Vereins badischer Lehrerinnen!  
Schon das Ergebnis der Vertreterinnenversammlung des Vereins badischer Lehrerinnen vom 24. Februar d. J., besonders aber die dabei zum Ausdruck und Sie gelangten Auffassungen, zwingen die Unterzeichnete, ihren Austritt aus dem Verein zu vollziehen und den Schritt bekanntzugeben. Grundsätzliche Erwägungen, die ihr so aufgedrängt wurden, in Verbindung mit der Tatsache einer nahezu 40jährigen Vereinsmitgliedschaft und einer mehr als 20jährigen Teilnahme an der Leitung der Organisation verbieten es ihr, die Rolle eines gerade noch geduldeten Mitglieds im Verein hinzunehmen und sich noch weiterem auszuliefern.“

Denjenigen Kolleginnen, die der nun Scheidenden in den bald 10 Jahren treue Weggenossinnen waren, spricht sie aufrichtigen und herzlichsten Dank aus.

Besonderen Dank schuldet sie den Kolleginnen von Mannheim. Diese haben in ihrer wohlwogenen treuen Gesinnung gegen den Verein und im Geiste der Gründer des Vereins bis zuletzt alle Wege ausgenüht, um auch den katholischen Mitgliedern das Verbleiben und Arbeiten im Vereine zu ermöglichen, und so die gemeinsame Sache des Standes wirksam zu vertreten. Der nun notwendig gewordene Schritt wird bei der Unterzeichneten nichts ändern in der Treue zum Stande und in der Vertretung seiner Interessen, aber auch nichts ändern an der Treue gegen die christlichen Ideale der Jugendziehung. Diese stehen voran.  
Maria Rigel, Rektorin.“

Die „einseitige Richtung“, von der der Beobachter spricht, ist durch die Entschliebung gegeben, die der Badische Lehrerinnenverein vor einem Jahr gegen den Reichsschulgesetzentwurf und für die Simultanschule gefaßt hat. Frau Rigel hat sich damals gegen diese Entschliebung gewendet und sich auf die „Neutralität“ eines simultanen Lehrervereins als Kampfgenossen berufen. Sinn der Gegenwirkung Frau Rignels war: den Lehrerinnenverein aus den Reihen der Lehrervereine, die freiheitliche Schul- und Kulturpolitik treiben, auszuschalten. Die Auswirkung dieses Gedankens auch auf die anderen Lehrervereine würde bedeuten, daß Schul- und Kulturpolitik in Zukunft nur noch von den Kirchen, den politischen Parteien und den konfessionellgerichteten Lehrervereinen getrieben werden könnte. Es wird abzuwarten sein, ob eine größere Zahl katholischer Lehrerinnen aus dem Austritt Frau Rignels die Folgerung ziehen wird, ebenfalls auszutreten. Hält Frau Rigel jetzt den katholischen Lehrerinnenverein für hart genug, den Kampf gegen die Simultanschule durchzuführen? Im Lehrerinnenverein ist jetzt Klarheit geschaffen. Diese Organisation wird wieder frei, ihre schulpolitische und kulturpolitische Haltung eindeutig und zielklar vertreten zu können.

Wilhelm Rein, der allbekannte Pädagoge, ist im hohen Alter von 81 Jahren gestorben. Als Seminardirektor in Eisenach und als Professor in Jena machte er sich durch den Ausbau der Herbartischen Pädagogik verdient. Mußten wir ihn auch wegen seiner zeitweiligen Haltung zur Simultanschule als Gegner betrachten, so wurde er um so mehr als Verfechter der Einheitschule geehrt. Sein Hauptwerk, das „Enzyklopädische Handbuch der Pädagogik“, wird heute noch geschätzt.

## Krankenfürsorge badischer Lehrer.

Geschäftsgang im Monat Februar 1929.

|  |            |
|--|------------|
| 1. Zahl der erledigten Anträge   | 506        |
| 2. Gesamtsumme der Anforderungen (darunter nicht erziehberichtigte Kosten)               | 41 023 RM. |
| 3. Gesamtertrag  | 29 081 „   |
| = 70,1% der eingereichten Kosten   |            |
| 4. Monatsunterstützungen an Außerplanmäßige, 13 Fälle                                    | 224        |
| 5. Ausbezahlte Fällfälle: 1000 RM., 715 RM., 498 RM., 432 RM., 409 RM., 405 RM., 405 RM. |            |

Der Verwaltungsrat:  
Rnaus, Haas, Großholz.

## Aus den Vereinen

**Rundfunk.** Am 11. und 12. März, jeweils 15.40 bis 16.30 Uhr, spricht im Berliner Rundfunk in einer Veranstaltung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht Geheimrat Walzel, der bekannte Erforscher des Wortkunstwerks, über „Deutsche Dichtung seit 1885“.

## Ostertagung Freiburg

Umgehende Anmeldung!  
Keiner daheim bleiben!  
Werbung beim Nachbar!  
Fröhliche Ostern!



## 6627 Erfahranträge

hat die „Krankenfürsorge badischer Lehrer“ im Jahre 1928 erledigt. Darin steckt eine gewaltige Arbeit des Verwaltungsrates.

Wie können ihm die Mitglieder danken?

1. Durch genaueste Erfüllung der Vereinspflichten.
  2. Durch eifrige Werbung unter den Nichtmitgliedern.
- Anmeldung bei den Bezirksverwaltern!

### An alle Nichtverwendeten!

Aus den Kreisen der Nichtverwendeten wird angefragt:

„Was hat ein bisher Nichtverwendeter, der Mitglied des B.V., der Krankenfürsorge und der Konfraternitas ist und Mitglied der Badischen Beamtenbank werden will, bei seiner Erstverwendung zu tun?“

Antwort:

1. Er hat folgende vier Postkarten zu schreiben:
    - a) an die Geschäftsstelle des Badischen Lehrervereins Heidelberg, Bismardstr. 17, das, wo und seit wann er seine erste Anstellung gefunden hat;
    - b) an die Adresse: „Hauptlehrer Zimmer, Heidelberg, Rohloch 11“ mit demselben Inhalt wie unter a (für Krankenfürsorge);
    - c) an die Adresse „An den Vorstand der Konfraternitas, Hauptlehrer Konrad, Gaggenau i. Murgtal“, wie unter a und mit der Bitte um Übersendung der Aufnahmepapiere;
    - d) an die „Badische Beamtenbank Karlsruhe, Waldstr. 1“ mit der Bitte um Übersendung der Aufnahmepapiere (bei letzterer können neben den Papieren für Eintritt als Mitglied auch Papiere für Aufnahme in die verschiedenen Alters- und Sterbefallversicherungen angefordert werden).
  2. Er hat sofort nach Dienstantritt:
    - a) sich bei einem örtlichen Kollegen nach dem Vorsitzenden und Rechner seines Bezirksvereins zu erkundigen und diesen seine Erstverwendung mitzuteilen;
    - b) daselbe gilt für die Vertrauensleute der unter 1b) und c) genannten Einrichtungen.
  3. Er wird sich schon bei der ersten Bezirksvereinssitzung einfinden und der Vorsitzende wird ihn mit den Mitgliedern bekannt machen.
  4. Er wird von da an ein regelmäßiger Besucher der Bezirksversammlungen, ein guter Freund und Kamerad seiner Kollegen und ein eifriger Mitarbeiter an allen Bestrebungen des Vereins sein.
- Mit diesem Wunsche heißen wir alle Erstverwendeten herzlich willkommen.  
Der Vorstand.

**Amtsblatt Nr. 7 (28. 2. 29).** Inhalt: Feier des zehnjährigen Bestehens der badischen Verfassung. — Schreiben. — Staatliche biologische Anstalt auf Helgoland. — Lehrerfortbildung.

Die Konferenz **Achern** weist die in mehreren Artikeln gegen die Person des Herrn Obmannes Hofheinz als Landtagsabgeordneter gerichteten Anwürfe entrüftet zurück. Sie anerkennt rückhaltlos die von ihm bisher erreichten Erfolge, zollt ihm für die treugeleistete Arbeit herzlichsten Dank und bittet ihn aufrichtig, seine bewährte Kraft als Obmann und Abgeordneter dem Badischen Lehrerverein auch fernerhin zur Verfügung zu stellen.

Die Konferenz **Haslach i. R.** bedauert aufs tiefste die unverantwortlichen Angriffe Dr. Krieds auf unsern Obmann Hofheinz, dem wir unsere Hochachtung und unser volles Vertrauen aussprechen. Wir danken ihm an dieser Stelle auch dafür, daß er als Obmann des Badischen Lehrervereins sowohl wie auch in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter jederzeit tatkräftig für Schule und Lehrerschaft eingetreten ist. Die Erfolge, die die Lehrerschaft in den letzten Jahren errungen hat, sind in der Hauptsache seiner zielbewußten Führung zu verdanken. Wir bitten ihn, seine hervorragende Kraft und seine Arbeit als Obmann und Landtagsabgeordneter auch fernerhin in den Dienst des Badischen Lehrervereins zu stellen.

**B.L.B.** Hilfe am Grabe: Im Monat Februar 1929 erfolgte die Auszahlung der Hilfe am Grabe in folgenden Sterbefällen:

|  |                     |
|--|---------------------|
| Gamer, Friedrich, Rektor, Wiesloch                   | Anweisung 13. 2. 29 |
| Streit, Johann, Hauptl. a. D., Ehrenketten           | 15. 2. 29           |
| Ruhn, Wilhelm, Hauptlehrer a. D., Lahr               | 19. 2. 29           |
| Krauser, Gustav, Lehrer, Schlierstadt                | 21. 2. 29           |
| Mehmer, Egon, Hauptlehrer, Alldorf                   | 21. 2. 29           |
| Rimbach, Eduard, Hauptlehrer a. D., Königshausen     | 22. 2. 29           |
| Stegmaier, Otto, Hauptlehrer, Salem                  | 25. 2. 29           |
| Krumm, Karl, Hauptlehrer a. D., Elzach               | 26. 2. 29           |
| Strittmatter, Berthold, Hauptlehrer a. D., Meersburg | 26. 2. 29           |

## Bereinstage

**Seminar Ettlingen, 1904—1907, Kurs B.** Liebe Kursgenossen! Wir wollen uns vollzählig in Freiburg am Montag, 25. März, ab 4 Uhr nachmittags im Nebenzimmer (Wolfschlucht) im Ganterbräu, Schiffstraße, treffen. Vorherige Anmeldung erwünscht! Siehe Schulzeitung Nr. 7 Seite 111. Auf Wiedersehen!

Ph. Sund, Emil Meier, J. Locheimer.

**Seminar Ettlingen, Jahrgang 1908—1911, Kurs A und B.** Wollen wir uns nicht auch anlässlich der Lehrerversammlung in Freiburg wiedersehen? Alle Kursgenossen, die die Versammlung besuchen, und hoffentlich sind es recht viele, werden zu diesem Sondertreffen gebeten. Gemütliches Beisammensein am Dienstag, dem 26. März, mittags nach der Mitgliederversammlung in der „Burse“. Tisch wird reserviert, eventuell Nebenzimmer. Mit herzlichem Gruß und auf Wiedersehen!

Rudolf Bauer, Neusaged.

**Seminar Ettlingen 1911—1914, B-Kurs.** Liebe Kursgenossen! Fünfzehn Jahre sind es diesen Sommer, seit wir Ettlingen verlassen haben. Furchtbare Wunden hat der Krieg in unseren Reihen geschlagen. Der Rest unseres Kurses ist im ganzen Land zerstreut. Keiner weiß mehr was vom andern. Viele von Euch werden daher gleich mir das Bedürfnis nach einem Wiedersehen haben. Ich schlage Euch vor, daß wir uns an Pfingsten in Freyersbach treffen. Wer mit meinem Vorschlag einverstanden ist oder einen andern hat, den bitte ich, mich baldmöglichst zu verständigen, damit ich eventuell Vorbereitungen treffen kann. Auf zur Tat! Euer Emil Bächt, Mannheim, Langstraße 47.

**Seminar Freiburg 1916—1919.** Wo treffen sich meine Kursgenossen, die an der Tagung in Freiburg teilnehmen? Vorschlag: Treffpunkt Hedingger, Salzstraße, Montag abends von 1/8 8 Uhr ab.

Kuner, St. Blasien.

**Seminar Heidelberg 1919—1922, Kurs VI. A.** Liebe Kursgenossen! Wollen wir dieses Jahr nicht unser erstes Wiedersehen feiern? Vielleicht läßt es sich noch auf Samstag, den 6. April, möglich machen. Ich bitte um recht viele Vorschläge und Wünsche über Zeit und Ort.

Mit Gruß Paul Klein, Leutershausen b. Weinheim

**Seminar Heidelberg 1924, A- und B-Kurs.** Liebe Freunde! Nach fünfjähriger Trennung wäre es am Plage, uns wieder einmal im lieben Heidelberg zu treffen. Wir schlagen dazu Mittwoch, den 3. April, Restaurant „Drei Eichen“, Rohrbacher Straße vor. Diejenigen Freunde, die die Dienstprüfung machen, können sich dabei Aufklärung holen. Karte als Zusage. Auf frohes Wiedersehen!

Mattern, Au i. M.; Peter.

**Seminar II, Karlsruhe 1875—1877.** Während der Lehrerversammlung finden sich die alten Freunde am Dienstag, von nachm. 4 Uhr ab in Hummels Weinstube am Münsterplatz 22.

Die Drei: B., E. und M.

**Seminar I, 1916—1919, A- und B-Kurs.** Liebe Kursgenossen! Wir werden uns wohl alle bei der Lehrertagung in Freiburg wiedersehen. Sind es doch im Juli zehn Jahre her, daß wir auseinander gehen mußten. Wir treffen uns am Dienstag, dem 26. März, ab 4 Uhr nachmittags vollzählig im „Kaffee Hornbach“, Eisenbahnstraße 13 (in der Nähe Bahnhof und Stadttheater), eventuell mit Damen, zu einem gemütlichen Beisammensein. Die Unterzeichneten bitten um schriftliche Aukerungen und freuen sich auf ein gelundes Wiedersehen.

Karl Bacherer, Emmendingen. Reinhard Grün, Freiburg, Rheinstr. 50.

**Seminar I Karlsruhe 1918—1921, A-Kurs.** Von verschiedenen Seiten wurde ich gebeten, eine Zusammenkunft in Freiburg anlässlich der Mitgliederversammlung anzuregen. Wie steht's? Erbitten umgehende Nachricht. Mit bestem Gruß

Artur Geßler, Elsenz b. ei Bruchsal.

**Vorseminar Lahr 1912—1915, A-Kurs.** Während der Mitgliederversammlung des Bad. Lehrervereins treffen wir uns am Mittwoch, dem 27. März, abends nach 6 Uhr im „Kleinen Menerhof“, Eisenbahnstraße. Wer nicht kommen kann, gebe bitte ein Lebenszeichen.

A. Leonhardt, Hauptlehrer, Freiamt Eßlader, Post Freiamt, Breisg.

**Seminar Meersburg 1889.** Die Kursgenossen, welche an der Lehrerversammlung in Freiburg teilnehmen, treffen sich im Hotel Hirsch, Bertoldstraße (Nähe Kaiserstraße) am reservierten Tisch 1889. Unsere Bepfischung findet statt am Dienstag, dem 26. März, nachmittags 4 Uhr im gleichen Lokal. Kommt alle! Der Einberufer.

**Seminar Meersburg 1890—1893.** Ich lade alle Kurskollegen, die zur Lehrerversammlung hierher kommen, zu einer frohen Stunde auf Montag, den 25. März, nachmittags 5 Uhr in den „Fahnenberg“, Kaiserstraße 95—97, ein. Wer an der Tagung teilnimmt, wolle mir dies kurz mitteilen. Herzliche Grüße.

Büfelmeier, Freiburg, Günterstraße 9.



**Seminar Meersburg 1907—1913.** Auer—Jinsmaier. Wer von uns die Freiburger Tagung mitmacht, trifft sich am Dienstagabend nach Theaterschluss im „Großen Meyerhof“ zu einem frohen Wiedersehenschoppen. Ich hoffe nach ereignisreicher, sturmbewegter Zeit manchem Freunde wieder mal die Hand drücken zu können.

Harder, Mundelisingen.

**Seminar Meersburg 1908—1914.** Liebe Kursgenossen! Fünfzehn Jahre sind seit unserer Seminarentlassung verfloßen. Wollen wir uns nicht in Freiburg während der Mitgliederversammlung des Badischen Lehrervereins treffen? Wer mit meinem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich, mich mit Postkarte sofort zu benachrichtigen. Lokal und Zeitpunkt des Treffens wird bei genügender Beteiligung bekanntgegeben. Auf frohes Wiedersehen!

Hermann Weiß, Hauptl., Schelingen, Amt Freiburg i. Br.

**Meersburg 1916—1922.** Was nach 5jähriger Seminarentlassung nicht klappte, muß jetzt anlässlich der Mitgliederversammlung in Freiburg möglich sein: ein Wiedersehen aller Kursgenossen. Wer sich bis jetzt noch nicht angemeldet hat, möge es umgehend nachholen. Treffpunkt: Montag, 25. März, 17 Uhr im „Fahnenberg“ (Raiferstr.). D. Hangarter. E. Stritt, Freiburg, Deichelweiher 8.

**Vorsemnar Billingen 1912—1915.** Liebe Kurskameraden! Ein Wiedersehen aus altem Zusammengehörigkeitsgefühl heraus und aus Treue zu unserem Standesverein wollen wir bei der Vertreterversammlung in Freiburg feiern. Bitte um baldige Mitteilung durch Karte an Bögli, Mauchen, Post Schliengen, zwecks Tischbestellung in der Burse. Gruß! Lupfer, Görger, Sütterlin, Dser, Bögli.

**Billingen 1918/21, Freiburg 1921/24.** a—b. Erster Treffpunkt: Montag, den 25. März, um 5 Uhr, im „Ganterbräu“ (Schiffstraße). Dort soll während der Tagung unser Stammtisch sein. Wer später eintrifft, möge sich dort nach den weiteren Plänen erkundigen und seinen Namen hinterlassen. Geplant ist für Dienstag abend gemütliches Beisammensein in geschlossenem Lokal.

Ich danke für die gesandten Karten und grüße alle in der Hoffnung auf ein volljähriges Erscheinen.

Pius Berger.

**Achern.** Mittwoch, den 13. März nachmittags 15<sup>45</sup> im „Schwarzwälder Hof“ in Achern Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Beratung des Voranschlags des B.L.B. 2. Besprechung der Anträge zur Vertreterversammlung 3. Etwa 4<sup>15</sup>. Vortrag des Herrn Apothekers Zimmermann über Naturchutz. Um zahlreichen Besuch bittet B. Knörr.

**Baden-Baden, Knabenschule Altstadt, Aula.** Samstag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: 1. Vorführung von Epidiastopen. 2. Lichtbildervortrag von Frau Direktor Weiß (Kinderschrift und ihre Ausdeutung). 3. Vereinsamtliche Mitteilungen. Der Vortrag verdient größtes Interesse. Frau Direktor Weiß steht bei Gericht und Großindustrie als Schriftsachverständige in hohem Ansehen. Gäste erwünscht! D. Stiefvater.

**Bühl.** Samstag, den 16. März, ¼ 4 Uhr in der „Krone“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Fortbildungsschul-Hauptlehrers B. Falk über: Volks- und Fortbildungsschule in ihrem gegenseitigen Verhältnis. 2. Zuschriften des Obmanns, wichtig. 3. Verschiedenes. R. Bauer.

**Buchen.** Samstag, 16. März, nachmittags halb 3 Uhr im „Döhsen“ in Höpfingen Abschiedskonferenz zu Ehren unseres scheidenden Kollegen Frank, Höpfingen. Alle Kollegen mit Familien sind hierzu freundlichst eingeladen. Köhle.

**Burtheim.** Samstag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr, Gasthaus „Zum Kreuz“ in Burtheim. Tagesordnung: 1. Besprechung über Vereinsthema. 2. Vertreterwahl für Freiburg. 3. Stellungnahme zu den Angriffen Kriedes gegen Verein und Obmann. 4. Vereinsnachrichten. 5. Verschiedenes. J. B.: A. Kösch.

**Eberbach.** 16. März 1929, nachmittags 3 Uhr, Bahnhof II. Klasse, Tagung. Tagesordnung: 1. Besprechung der wichtigsten Punkte der Vertreterversammlung; 2. Fastnacht- und Osterbräuche a. d. „Winterhauch“ (Referent Hauptlehrer Haas, Waldlagenbach). Um zahlreichen Besuch bittet J. Curtz.

**Emmendingen.** Mittwoch, den 13. März, nachmittags ½ 3 Uhr Tagung im Nebenzimmer der Brauerei Bauh mit folgender Tagesordnung: 1. Berufsberatung und Schule (Herr Edert, Freiburg). 2. Schulpraktische halbe Stunde. 3. Vereinsamtliches. 4. Wünsche, Anträge, Verschiedenes. Mit Rücksicht auf den auswärtigen Redner bitte ich vor allem um pünktliches Erscheinen. Meier.

**Ettlingen.** Samstag, den 16. März, nachm. ½ 3 Uhr, Tagung im „Ritter“. L.-D. 1. Vortrag durch Herrn Schüb-Lahr: Rechtschutz und Haftpflichtschutz des D.L.B. 2. Voranschlagsberatung und der Anträge für die Vertreterversammlung des B.L.B. 3. Verschiedenes. Ich bitte dringend um zahlreiche und pünktliche Beteiligung. Harbrecht.

**Hegau-Randen.** Wegen verspäteten Eintreffens der letzten Anzeige findet die letzte Tagesordnung ihre Erledigung am 16. März in Beuren, nachmittags 2 Uhr. Busch.

**Heidelberg-Stadt.** 1. Montag, den 11. März, abends 8 Uhr Tagung in der Ebertschule. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die letzte Schulausschussführung (Vindensfelder) 2. Wohl der Vertreter für Freiburg. 3. Voranschlag. 4. Anträge des Vorstandes zur Vertreterversammlung. 5. Besprechung der Vorstandswahlen

II. Freitag, den 15. März, abends 8<sup>15</sup> Uhr im großen Hörsaal der Lehrerbildungsanstalt Vortrag von Herrn Taubkammener Höfler über „Sehen und Hören durch Tact- und Vibrationsinn.“ Ich bitte, beide Veranstaltungen zahlreich zu besuchen. Sauter.

**Heidelberg-Land.** Mittwoch, den 13. März 1929, nachmittags 3 Uhr Tagung in den „Drei Eichen“. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Anträgen für die Vertreterversammlung. 2. Bekanntgabe wichtiger Zuschriften vom Vorstand. 3. Besprechung des Themas „Wirtschaft und Schule“. 4. Verschiedenes. Eine ganz besondere Erörterung erfordert die Frage der Doppelorganisation. Alle Freunde des Badischen Lehrervereins bitte ich zu kommen und Anregungen zu geben für die Vertreterversammlung, damit auch von der Freiburger Tagung Kraftlinien ausgehen zur Festigung unserer Organisation. Bär.

**Psychologische Arbeitsgemeinschaft Heidelberg.** Tagung am Dienstag, dem 12. März, nachmittags 5 Uhr im Psychologischen Institut, Poststraße 4. Sauter.

**Karlsruhe-Land.** Es wird nochmals auf die am Mittwoch, dem 13. März, nachmittags 3 Uhr im „Kaffee Nowad“ stattfindende Tagung aufmerksam gemacht. Tagesordnung siehe letzte Schulzeitung. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der zur Behandlung stehenden Fragen bitte ich um regste Beteiligung. Otto König.

**Karlsruhe.** Nächste Zusammenkunft der Ruheständler Donnerstag, den 14. März, im „Blapphorn“.

**Konstanz.** 16. März 1929 Zusammenkunft um 3 Uhr in der Sinteren Sonne, Konstanz. Besprechung von Vereinsaufgaben und -fragen, die in Freiburg zur Behandlung stehen. Siegrich.

**Ruheständlervereinigung des Kreises Konstanz.** Zusammenkunft am Donnerstag, dem 14. März, nachmittags halb 3 Uhr in der „Victoria“ in Radolfzell mit Vortrag. Glaj.

**Krautheim.** Tagung am Samstag, dem 16. März, ¾ 4 Uhr im Schulhaus in Ballenberg. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Hauptlehrers Schwär: „Schulstrafen und Strafrechtsreform.“ 2. Vorbesprechung der Themen zur Freiburger Versammlung. 3. Verschiedenes.

**Lörrach.** Mittwoch, den 13. März 1929, nachmittags 3 Uhr Tagung im Bahnhofshotel in Lörrach. Tagesordnung: 1. „Wirtschaft und Volksschule“ (Kiehle, Lörrach). 2. Besprechung wichtiger Anträge für die Versammlung in Freiburg. 3. Voranschlag des Badischen Lehrervereins. 4. Unser „Marktgräser Heimatschulkurs“ im April (Anmeldungsliste liegt auf). 5. Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend um ihr Erscheinen gebeten (Punkt 2 der Tagesordnung!). Der Vorsitzende.

**Lörrach-Waldshut.** Ruheständlerversammlung am Mittwoch, dem 13. März, nachmittags 3 Uhr im Gasthaus zum Döhsen in Steinen. Auch die verehrlichen Damen sind freundlichst eingeladen. Klug.

**Meffkirch.** Samstag, den 16. März 1929, nachmittags 3 Uhr im „Löwen“ Zusammenkunft. Um zahlreichen Besuch bittet Weber.

**Mudau.** Samstag, den 16. März, 3 Uhr Konferenz. Tagesordnung: 1. Vortrag über Rechtschutz (Herr Kraft). 2. Besprechung des Voranschlags und der Richtlinien für den Vertreter. 3. Austeilung der bestellten Bücher. Die Wahlvorschläge zum Dienststellenausschuss sind schon auf 12. März an den Unterzeichneten einzureichen. Stelz.

**Müllheim.** Am Samstag, dem 16. März, findet im „Löwen“ in Müllheim Bezirkstagung statt. Beginn 3 Uhr. Tagesordnung: 1. Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung. 2. Vereinsamtliche Mitteilungen. 3. Verschiedenes. „Heim“ mitbringen, Nr. 216. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Sieber.

**Neckarbischofsheim.** Mittwoch, den 13. März, nachmittags 3 Uhr Konferenz im „Ritter“ in Neckarbischofsheim. Tagesordnung: 1. Die Schule im Dienste der Volks- und Völkerveröhnung. 2. Wichtige vereinsamtliche Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Guten Besuch erwartet Schmidt.

**Neckargemünd.** Samstag, 16. März, nachmittags halb 3 Uhr Tagung im Hotel Kredell. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Deibel über Hermann Burte. 2. Anträge zur Mitgliederversammlung in Freiburg. 3. Verschiedenes. Infolge der reichhaltigen Tagesordnung bei unserer letzten Zusammenkunft mußten einige Punkte, die noch vor Öffern behandelt werden müssen, zurückgestellt werden. Ich bitte um vollzähligen Besuch der Tagung. Besonders erbitte ich die Anwesenheit der Leiter des Orchesters und des Chors. Der Vorsitzende.



**Odenheim.** Nächste Tagung am Dienstag, dem 13. März, nachmittags 1/3 Uhr im Schulhaus in Eichelberg. Tagesordnung: 1. Die Schule im Dienste der Volks- und Bevölkerungsvermehrung (d. Vorf.); 2. Vertreterversammlung und Mitgliederversammlung in Freiburg; 3. Vorbesprechung für das Thema: Wirtschaft und Schule; 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwartet der Vorsitzende  
Artur Gefaller.

**Offenburg.** Am 16. März 1929, nachmittags 1/4 Uhr Tagung in der „Alten Pfalz“. Herr Schulrat Läubin spricht über: Volksvermehrung und Bevölkerungsvermehrung. Beratung über die in Freiburg zur Erörterung gestellten Fragen. Der Beginn der Tagung wurde auf 1/4 Uhr verschoben, um den Besuch der Gemäldeausstellung des Kollegen Weber im Bürgeraal zuvor zu ermöglichen. Die interessierten Mitglieder treffen sich um 1/3 Uhr zur gemeinsamen Schau im Bürgeraal (200 Meter vom Konferenzlokal!) Die Tagung selbst wird unbedingt pünktlich begonnen. Vollzähliges Besuch erwartet  
Der Vorsitzende.

**Pforzheim-Land.** Turntagung wegen Kohlenmangel verschoben auf 2., 3. und 4. Mai 1929.  
Grabenstätter.

**Philippsburg.** Am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 1/3 Uhr Tagung im Gasthaus „Zum Lamm“ in Neudorf. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Gilliard über seine Mittelmeerreise (mit Lichtbildern); 2. Voranschlag 1929; 3. Vereinsamtliches. Bitte um zahlreiches Erscheinen.  
Dossinger.

**Randen-Blumberg.** Samstag, 16. März, nachmittags 3 Uhr Tagung in Zollhaus. Tagesordnung: 1. Vortrag (zurückgestellt von der Februar-Tagung); 2. Bekanntgabe wichtiger vereinsamtlicher Mitteilungen; 3. Verschiedenes.  
Meier.

**Säckingen.** Tagung am Samstag, dem 16. März, nachmittags halb 3 Uhr im „Schwert“ in Säckingen. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Kollegen Böser, Hölstein: „Wie kommen wir zu der im Lehrplan geforderten Heimatschule?“ 2. Schulpraktische halbe Stunde: Einführung in das Prozentrechnen. 3. Besprechung der für die Vertreterversammlung in Freiburg vorliegenden Anträge. 4. Verschiedenes.  
Kuhn.

**St. Blasien.** Samstag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr im Schulhaus. Tagesordnung: 1. Thema des Deutschen Lehrervereins; 2. Katholische Philosophie (Krug); 3. Bericht über die Beamtentagung in St. Blasien (Kuhner); 4. Nachträgliches zur letzten Aussprache; 5. Verschiedenes.  
Kombach, Hauptl.

**Staufen.** Tagung am 16. März im Bahnhof in Krozingen. Beginn der Tagung um 1/3 Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag über Wirtschaft und Schule (Herr Hoffmann). 2. Wünsche und Anträge zur Vertreterversammlung in Freiburg. 3. Verschiedenes.  
Storz.

**Stühlingen.** Samstag, den 16. März, nachmittags halb 3 Uhr Tagung im „Drechsler“ in Stühlingen. Tagesordnung: 1. Aussprache über die Vereinsthemem. 2. Voranschlag des Badischen Lehrervereins für 1929. 3. Die Freiburger Tagung. 4. Verschiedenes. Häusler.

**Ahlingen.** Nächste Tagung findet am Samstag, dem 16. März, um halb 3 Uhr im „Posthorn“, Ahlingen, statt. Es wird zahlreiches Erscheinen erwartet. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Versammlung in Freiburg. 2. Besprechung der Jahresarbeit. 3. Reichsvereinsvereine verteilen. 4. Verschiedenes.  
Rutt.

**Billingen.** Samstag, den 16. März, nachmittags 1/3 Uhr findet im Gasthof „Zur Lilie“ nochmals eine Tagung des Bezirkslehrervereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Krieg und Frieden in Ausprüchen großer Männer“ (Herr Kollege Schneider). 2. Besprechung des Voranschlags des Badischen Lehrervereins für 1929. 3. Verschiedenes. Zum Besuche ladet ein  
Der Vorsitzende: A. Behringer.

**Waldkirch.** Samstag, 16. März, nachmittags 3 Uhr Tagung in der „Sonne“ in Blibach. Tagesordnung: 1. Bericht über die Dienststellenausschüßfung. 2. Rundschreiben des Vorstandes zum B. V. 3. Besprechung der Teilnehmer an der B. V. über die Heimfahrt von Freiburg, da der letzte Zug nicht fährt. 4. Wünsche und Anträge.  
In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um zahlreiches Besuch  
Zeller.

**Wolfach.** Samstag, 16. März, 1/4 Uhr Tagung im „Dörsen“ in Wolfach. Tagesordnung: 1. Besichtigung der Vereinsbücherei; Beratung, was damit geschehen soll. 2. Vorbesprechung zur Landestagung in Freiburg.  
Ruckelshausen.

## Geschäftliche Mitteilungen.

**Gesellschaft für Volksbildung.** Die heutige Ausgabe unserer Schulzeitung enthält eine Beilage der Gesellschaft für Volksbildung, die mit ihren mehr als 11000 Mitgliedern ganz Deutschland erfasst. Die Gesellschaft ist aus Kreisen, denen Bildung und Gesittung Grundlage unseres öffentlichen und privaten Lebens waren, hervorgegangen. Sie steht in der Erwachsenenbildung wie in der Schule mit uns auf dem Boden der Volksgemeinschaft und tritt jeder wie auch immer gearteten Zersplitterung entgegen. Bei dem Umfang und der Reichhaltigkeit der Gesellschaftseinrichtungen kann jeder Lehrer davon in der einen oder anderen Form auch für die Schule Gebrauch machen. Wir empfehlen deswegen die Beilage sorgsamster Beachtung.

Der heutigen Ausgabe der Schulzeitung liegt ein Prospekt des Verlages Ferdinand Hirt in Breslau und Ferdinand Hirt & Sohn in Leipzig bei, auf den wir besonders hinweisen.

Unserer heutigen Ausgabe ist eine Anmeldekarte zur Mitgliederversammlung in Freiburg beigelegt, die wir der besonderen Beachtung empfehlen.

## Der Lehrer im Verein!

Zu all. Gelegenheiten u. Festen:  
1. Reden usw. für Krieger-, Schützen-, Landwirtschaftliche Vereine (v. Bamberg) 1.- RM.  
2. Vorsprache und Festgedichte dazu (von Gebhardt) 1.- RM.  
3. Reden usw. für Gesangsvereine (v. Haese) 1.50 RM.  
4. Vorsprache und Festgedichte dazu (von Gebhardt) RM. 1.-  
Postscheck 44.000.

**Kribe-Verlag.** Berlin N 113  
Schivelbeiner Str. 3. A

**Schuster & Co.**  
Markneukirchen  
Deutsch-Cremona  
Nr. 145

**Kronen-Instrumente**

Saiten

Hauptkfg. frei  
Rabatt f. Lehrer  
Teilzahlungen

**Edel-Buschrosen**  
pflanzfertig, beschnitten in vielen Farben mit Namen  
10 St. 3.- RM.  
25 St. 7.- RM.  
Porto und Verpackung extra.  
Versand gegen Nachnahme  
**HANS GÄTGENS**  
Heidgraben 7, b. Tornesch i. Holst.

## Physik-Ferienkurse

in Schloß Michelbach bei Schw. Hall

In dem reizend gelegenen Schloß Michelbach bei Schw. Hall wird Ludwig Wunder in der Karwoche und in der Woche nach Ostern je einen seiner beliebten Apparatekurse abhalten. Jeder Kurs umfaßt eine Anfängergruppe und eine Gruppe Fortgeschrittener. Es werden aus billigsten Hilfsmitteln überraschend leistungsfähige Apparate gebaut und ihre Handhabung geübt.

Prospekte kostenlos durch **L. Wunder**, Schloß Michelbach, Post Wilhelmsglück bei Schw. Hall.

## Das inhaltsreichste, beste und dabei billigste Sprachbuch ist:

Sayer, Gellert, Höfler, Behringer

### Sprachbuch für Volksschulen

I: Ausgabe in 8 Lehrer- und 7 Schülerheften  
II: Ausgabe in 3 Heften für einfachere Schulverhältnisse

erscheint soeben

Prüfungsstärke und ausführliche Prospekte bitte einfordern com

**Verlag: G. Braun in Karlsruhe**

## Garantiert

Ziehung 15. u. 16. März  
Zusenhofer  
Kirchenbau

**Geld-Lotterie**  
Gesamt-Gewinne

**12500**

Höchstgewinn

**6500**

Hauptgewinn

**4000**

Preis 1.- M. 11 Stück 10.- M.  
Porto u. Liste 30.- bei

**Stürmer** Mannheim  
O. 7 11  
Postsch. 17043 K' nahe  
u. alle Verkaufsstellen.

## Honig

Garantiert reinen Bienen-Blüten  
(Schleuder), goldklar, flüssig od.  
fest, unter Kontrolle eines ver-  
eidigt. Lebensmittel-Chemikers.  
10 Pfd.-Dose RM. 8,90, halbe  
Dose RM. 4,80, Porto extra.  
Garantie: Zurücknahme, Probe-  
packchen à 1 1/2 Pfd. netto RM.  
1,80 franko bei Voreinsendung.  
**Fritz Nestler, Honigversand.**  
Post Hemelingen 180.

## Beamtenkredite

gewährt angesehene Genossen-  
schaftsbank zu solid. Bedingun-  
gen. Ratenrückzahlung. Keine  
Benachrichtigung der Behörde!  
Prospekt kostenlos durch die  
Bankvertretung.

**E. Weiss, Berlin-Friedenau**  
Bismarckstraße 6.



## MANNBORG HARMONIUM

Das unübertroffene Fabrikat für Kirche  
und Haus

Harmoniums in allen Preislagen  
von Mk. 240.- an.

**Th. Mannborg, Hof-Harmoniumfabrik**  
Leipzig-Li., Angerstraße 38

## ! Osterwunsch! eine glückliche Ehe!

Suche als Verwandter für 27 jährigen Kaufmann mit  
gesich. Existenz in bad. Schwarzwaldstädtchen briefliche  
Verbindung mit kath. Fräulein aus guter Familie von 22  
bis 27 Jahren, gebildet, geschäftstüchtig und befähigt, ein  
dauernd glückliches Heim zu sichern. Zuschriften mit Bild  
unter Zusicherung völliger Verschwiegenheit erwünscht  
unter **Seh. 4727** an die Konkordia A.-G., Buhl in Baden.



**Meister-Instrumente**

in höchster Vollendung!  
Kaufen Sie Ihre Violinen,  
Cellos, Bässe etc. nur  
direkt b. Gelgenbauer:  
dort haben Sie doppelte  
Vorteile.

**Gelgenbau**

**Hermann Dölling jun.**  
Markneukirchen Nr. 378  
Katalog frei, Teilzahlung.

**Honig**

feinste Qualität, garant. reiner  
Bienen-Blüten-Schleuder, hell-  
goldklar, unter Kontrolle eines  
vereidigt. Lebensmittel-Chemikers  
10-Pfd. Dose Mk. 10.—, 5-Pfd.  
Mk. 5.90, franko ohne Neben-  
kosten. Garant. Zurücknahme.  
Probepäckchen 1½ Pfd. netto  
Mk. 1.80 franko bei Voreinsdng.  
**Frau Lehrer a. D., C. Fischer,**  
Honigvers., Werder  
an der Havel, Nr. 180.

**Feinste Westf.  
Schinken  
Dauerwurst**

etc. versendet unter voller  
Garantie nur best. Qual. u.  
Haltbarkeit sort. v. 9 Pfd. an  
**Westf. Fleisch-  
warenfabrik**  
**Fritz Kosfeld**  
Inh. Herm. Dieckmann  
Gütersloh i. Westf.  
gegr. 1879.  
Allerbeste Referenzen aus  
badischen Lehrerkreisen.  
Man verlange  
ausführliche Preisliste.

**Prachtrosen-  
Sortiment!**

in den besten Edelsorten und  
prächtigsten Farben, kräftige,  
wüchsige Pflanzen, welche schon  
in dies. Jahre reichlich blühen.  
10 niedr. Rosen Ia 4 M., Ib 2.50 M.  
25 niedr. Rosen Ia 9 M., Ib 6.— M.  
19 Schlingrosen Ia 6 M., Ib 3.50 M.  
10 Hochst. Rosen Ia 18 M., Ib 15 M.  
Hochst. Trauer. a 4 M., 10 St. 36 M.  
Alles pflanzfertig besehnitten  
mit Namen. Für tadellose An-  
kunft wird garantiert. Versand  
erfolgt per Nachnahme. Preis-  
liste über Obstb., Beerenobst,  
Ziersträucher, Dahlien u. Stau-  
den gratis.

**Theodor Böttcher**

Baumschulen  
**Langeloh-Elmshorn 3**  
Holstein

**Honig**

feinste Qualität, gar. reiner  
Bienen-Blüten-Schleuder,  
hellgoldklar, unter Kontrolle  
eines vereid. Lebensmittel-  
Chemikers. 10-Pfd.-Dose  
M. 10.—, 5-Pfd.-Dose M. 5.90,  
franko ohne Nebenkosten.  
Gar. Zurücknahme. Probe-  
päckchen 1½ Pfd. netto  
M. 1.80 franko bei Voreinsdng.  
**Lehrer a. D. Fischer, Honigv. s. d.**  
Oberneuland 180, Bez. Bremen

Genußreiche Stunden verschafft ein

**Harmonium**

Große Auswahl

Versand nach allen Stationen

**H. Maurer**

Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 176  
Kataloge kostenlos

**Badische Lehrer**

erhalten von Herrn **Gustav Sauer in Hamburg 1.**  
Rathausstraße 1, noch vor Ostern

**DARLEHEN**

in Höhe eines Monatsgehalts ohne Gewähr. v. Sicherheiten.  
Anfragen sind sofort zu richten an **Sch. 4724** durch die  
Konkordia A.-G., Buhl (Baden)

**Harmoniums**

für Kirche, Schule und Haus, sowie  
**tonschöne Pianos** liefere ich in vor-  
züglicher Güte zu kulanten Bedingungen  
und den Herren Lehrern zu Vorzugs-  
preisen. Kataloge gratis.

**Friedrich Bongardt, Barmen 51**  
Mitinhab. d. Harmoniumfabrik Bongardt & Herfurth

**Der Schulkalender 1929**

gebunden und broschiert

ist vergriffen

Verlag Konkordia A.-G. Buhl/Baden

**C. OEHLER  
PIANOFORTEFABRIK**

Inhaber: **KLEMM & KIESS, Stuttgart**

Adler-  
straße 16

Telefon  
SA 70781

Gegründet  
1857



Katalog  
gratis und  
franko

**Pianos  
Flügel, Harmoniums**

In allen Kreisen besteingeführtes, preiswertes Fabrikat

**Darlehen**

an Beamte

zu günstigen Bedingungen  
gegen vereinbarungsmäßige  
Sicherheit

**Pomm. Kredit-Vermittlungsanstalt G.m.b.H.**  
**Mannheim, Kaiserring 8**

**Kugelpilz**

rot, gesunde Ware, ohne Abfall  
2 Kgl. = 9 Pfd. M. 3.95, 200 feinste  
Harz. Mk. 3.95 ab hier Nachn.  
**K. Seibold, Nortorf (Hst.) 1922**

**Die Prosaschule**

von Dr. B. Christiansen (12 M.)  
gibt feines Stilgefühl und  
leichte Feder.  
**Felsen-Verlag,**  
Buchenbach-Baden.

Grösste Auswahl in Qualitäts-

**Pianos**

zu äußerst günstigen Preisen und Bedingungen.

Besichtigung ohne Kaufzwang. Kataloge gratis

**Karl Hochstein, Heidelberg**

Musikhaus, Hauptstraße 73.

Zahlung durch die Badische Beamtenbank.

**Kreishaushaltungs-  
schule Radolfzell**

GEGRÜNDET 1883

Beginn des **Sommerkurses Ende April.** Schluß des  
Kurses Ende September. Anstalt mit Internat auf der Boden-  
seehalbinsel Mettnau. Praktische und theoretische Ausbildung  
im Kochen, Backen, Haltbarmachen der Nahrungsmittel,  
Verarbeiten der Milch, Buttern, Käsen, Gartenbau, Geflügel-  
haltung, weibliche Handarbeiten, Flecken, Kleidermachen,  
Waschen u. Bügeln, Unterricht in Säuglings- u. Krankenpflege.  
Aufnahmebedingungen und Auskunft durch die **Anstalts-  
leitung in Radolfzell.**

**Kreisverwaltung Konstanz.**

Vollendet gute

**Klaviere und Flügel**

finden Sie in dem altbewährten Hause

**Pfeiffer**

C. A. Pfeiffer, Stuttgart

Silberburgstraße 120, 122, 124 A

**Frauenarbeitsschule**

Gewerbliche Fach- und Berufsschule mit Internat  
**Karlsruhe i. B., Gartenstraße 47**

**Anmeldungen auf Ostern 1929**

täglich von 11 bis 17 Uhr und auch schriftlich bei der  
Vorsteherin, Karlsruhe, Gartenstraße 47.

Am 15. April 1929 beginnen sämtliche Fachkurse, als Vor-  
mittagsunterricht im Handnähen, Maschinennähen, Kleider-  
machen, Schnittzeichnen und Kunststicken, als Nachmit-  
tagsunterricht in Weißsticken, Flecken und Kunststopfen,  
Künsthandarbeiten aller Techniken, Knäpfarbeiten, Spitzen-  
klöppeln, Zeichnen, Buchführung u. anderen gewerblichen  
und hauswirtschaftlichen Fächern.

Ferner nehmen alle Berufsausbildungen ihren Anfang:

1. Ausbildung für die eigene Häuslichkeit, Dauer 1 bis 2 Jahre.
2. Vorbildung für das Handarbeitslehrerinnenseminar, Dauer 1 Jahr.
3. Gewerbliche Ausbildung für Weißnäherinnen, Schneiderinnen und Stickerinnen, Dauer 3 Jahre, und für die
4. Häuslichen Erwerbsberufe für Zimmermädchen, Kammerjungfern u. hauswirtschaftliche Stützen, Dauer 1 bis 2½ Jahre.

**Auswärtige Schülerinnen erhalten Wohnung und Verpflegung** zu mäßigem Preis in der Anstalt. Satzung und Auskunft gegen eine Gebühr von 0.30 RM.

**Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz**  
Landesvorstand

Buchdruckerei C. F. Müller, Karlsruhe i. B.